

Die "Grenzlinie" erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag... (Small text about the paper's history and subscription info)

Die neugegründete Komparteiliste... (Small text about the political party and its goals)

GRUPPE

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Debatten in der französischen Kammer

Oberschlesien und Washington

Briand stellt die Vertrauensfrage

CC. Paris, 18. Oktober.

Die französische Kammer trat heute nachmittag 3 Uhr zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Am Regierungstisch: Briand, Doumer und die Mehrzahl der übrigen Minister. Präsident Raoul Peret widmet den verstorbenen Abgeordneten einen warmen Nachruf und verliest sodann 58 Interpellationen, die sich auf die auswärtige Politik und auf die allgemeine Regierungspolitik beziehen. Der Ministerpräsident wünscht die sofortige gemeinsame Beratung aller Interpellationen.

Als erster ergreift der Abg. Margaine das Wort. Er spricht über Oberschlesien und kritisiert es lebhaft, daß man die Lösung der ober-schlesischen Frage dem Völkerbund übertragen habe. Durch die vorgeschlagene Grenzlinie würde das Industriegebiet und damit auch die Eisenbahnlinien, die industriellen Unternehmungen und die strategischen Linien durchschnitten. Das sei für Deutschland kein Nachteil, aber Frankreich könnten daraus Schwierigkeiten erwachsen. Dann spricht Margaine über die Washingtoner Konferenz. Indem Präsident Harding die Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz in Washington ergreift, wollte er in erster Linie dem Handel der Vereinigten Staaten im fernsten Osten Märkte erschließen und ihnen die Möglichkeit zum Export bieten, die ihnen bisher durch die englisch-japanische Allianz verlagert war. Margaine hofft, daß in Washington ein Friedensblock der Verbündeten des großen Krieges gebildet werde, dem eventuell auch Rußland eingefügt werden könnte, sofern es seine gegenwärtige Regierungsform ändere.

Für die Sozialisten spricht Roulet, der sich mit der Lage in Rußland befaßt. Er sagt, man sehe hier am Anfang einer Weltkatastrophe. Wenn ein Teil der Menschheit so schwer leide, sei es Aufgabe der anderen, ihm zu Hilfe zu kommen, ohne daß man nach der Verantwortlichkeit für diese große Not frage. Roulet bezweifelt, daß die französische Regierung sich beraten war, als sie an der Spitze der Hilfskommission für Rußland einen Mann stellte, der, zu Recht oder zu Unrecht, als Anhänger einer Politik der bewaffneten Intervention in Rußland bezeichnet wird. Hier unterbricht Briand den Redner mit der Erklärung, man habe sich bei dieser Wahl außerhalb des politischen Gebietes befunden. Die Regierung war der Ansicht, daß sie das Recht habe, ihren Vertreter nach ihrem Gutdünken zu wählen, und sie habe sich dieses Rechtes bedient, indem sie einen Mann zum Präsidenten der Hilfskommission ernannte, der französischer Botschafter in Rußland gewesen sei. Die Tatsache, daß man die Wahl Roulets so heftig kritisierte, beweise, daß die Sowjetregierung die Absicht habe, die ganze Notlage von politischen Standpunkt aus zu behandeln. Die Haltung Rußlands könne Frankreich nicht hindern, Rußland Hilfe zu leisten. In keinem Augenblick werde Frankreich vergessen, daß Rußland in schweren Stunden an der Seite Frankreichs stand und daß es heute viele Millionen Russen gebe, die für dieselbe Sache litten wie Frankreich. (Beifall.) Roulet erkennt an, daß die Sowjetregierung auf keinen Fall das ihr gemachte Angebot ablehnen dürfte, was die Kommunisten lebhaft verneinen. Dem Lande müsse jedoch sofort Hilfe gebracht werden. Dieser Pflicht, schließt Roulet, wird sich Frankreich hoffentlich bewußt sein.

Der royalistische Abg. Leon Daudet hielt eine äußerst heftige Rede gegen die Regierung. Er warf ihr namentlich vor, daß sie die wirtschaftlichen Maßnahmen am Tage nach der Ermordung des Majors de Montalegre in Oberschlesien aufgehoben habe. In seiner gegenwärtigen Lage werde Deutschland nichts anderes wünschen, als einen neuen Krieg. Der beste Beweis seien die Interviews von Ludendorff. Wenn der Krieg noch fern wäre, würde Ludendorff Frankreich gegenüber nicht eine so drohende Sprache führen. Wenn er dies aber doch tue, so habe man den besten Beweis, daß der neue Krieg nahe sei. Ohne daß er es wollte, habe Briand den Ausbruch des neuen Krieges außerordentlich beschleunigt. Jetzt müsse man Deutschland wahrhaft die Hand an den Kragen legen. Die deutschen Einnahmen müßten internationalisiert werden. Die deutschen Industriemagnaten müßten bezahlen. (Beifall auf der Rechten.) Während der Rede Daudets kommt es zu verschiedenen Zwischenfällen. Auf der Zuhörerbänke schreibt ein Mann: Nieder mit dem Komödianten Daudet! Der Zwischenrufer wird aus dem Saal entfernt.

Der Abgeordnete Peyrouz wendet sich gegen die in der ober-schlesischen Frage erfolgte Methode. Die Verzichtsleistungen Frankreichs gegenüber Lloyd George müßten endlich aufgehört werden. Briand unterbricht die Rede Peyrouz und erklärt, wenn die Kammer eine Politik der Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland wünsche, die aber zu einer Isolierung Frankreichs von den übrigen Alliierten führen würde, möge sie es klar aussprechen und alle Konsequenzen daraus ziehen. Ich bin entschlossen, eine gewisse Reise nicht anzutreten (gemeint ist die Reise nach Washington, d. Red.), wenn die Kammer mit großer Mehrheit meiner Friedenspolitik kein Vertrauensvotum schenkt. Wenn eine große Mehrheit zeigte, daß sie im Widerspruch zu mir steht, so würde ich es anderen überlassen, diese Politik durchzuführen, die die Kammer wünscht. (Beifall auf der Linken.) Peyrouz schließt seine Rede mit den Worten, daß die Allianz mit Eng-

land zwar wertvoll sein möge, daß man aber auf sie verzichten müsse, wenn die Bande, die Frankreich und England miteinander verknüpfen, Frankreich erwürgen würden. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Der Oberste Rat einig

London, 18. Oktober.

Wie Reuters erfährt, haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkerbundesrates mit Bezug auf Oberschlesien ohne jeden Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach ihnen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Verfahren betreffen, insbesondere die Frage der Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerbundesrates überwachen soll. Es wird für wichtig angesehen, daß diese erledigt werden, bevor die neue Grenzlinie der deutschen und der polnischen Regierung bekanntgegeben wird.

Nachenschaften der Monarchisten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 18. Oktober.

Am 12. Oktober fanden in Innsbruck Besprechungen zwischen bayerischen und tirolischen Separatisten statt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ behaupten, daß es sich dabei lediglich um Besprechungen von Maßnahmen gehandelt habe, die von deutscher Seite für die Aufrechterhaltung der Ernährung und Versorgung Tirols im Falle einer wirtschaftlichen Katastrophe zu treffen seien. Die tirolische „Wiener Montagszeitung“ meldet dagegen heute, daß eine Kommission der heimatischen Behörde mit der Tiroler Landesregierung am 12. Oktober verhandelt habe und daß dieser Kommission auch der frühere Münchener Polizeipräsident Voehner und einige seiner Mitarbeiter angehört hätten. Gegenstand der Beratungen sei die Separation Tirols gewesen. Man habe von einem Anschluß an Bayern oder Deutschland vorläufig Abstand genommen, dagegen im Sinne der Pläne des Herrn Dr. Steigle (Führer der Heimatwehr in Tirol) beschloßen, zum Auszusenden selbstständigen Republik Tirol zu streben. Die Wahl des Termines soll von der Gestaltung der ober-schlesischen Verhältnisse (!) abhängen. Einzelheiten militärischer und administrativer Art wurden für die Aktion sowohl für Tirol als auch für Bayern festgelegt. Unter anderem wurde beschloßen, als neue Währung die Tiroler Kronen einzuführen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bestreiten die Richtigkeit des Beratungsgegenstandes, wie er von der „Wiener Montagszeitung“ gemeldet wird, sie wagen es aber nicht, die Anwesenheit Voehners in Tirol abzuleugnen. Zum Schluß schreibt das Münchener Blatt: „Ob und wann es möglich werden kann, die Unabhängigkeit Tirols zu verklären, ist eine Frage, die weniger in Tirol als in Wien zu beantworten ist. Daß man im Falle eines Auseinandergehens auch bemüht sein wird, in Tirol eine bessere Währung zu schaffen als die österreichischen Kronen von heute, versteht sich von selbst.“ Mit dieser Schlussbemerkung geben die „Münchener Neuesten Nachrichten“ den aus Wien gemeldeten Tatbestand zu.

Nach allen bisherigen Nachrichten über die Loslösungsabsichten Tirols glaubt die Heimatwehr ein Bekenntnis zur Verfassung abgeben zu müssen. Gestern abend fand in Innsbruck eine Versammlung der Tiroler Heimatwehren statt. Der Landesführer Steigle erklärte, daß die Heimatwehr treu auf dem Boden der Verfassung stünde und jeden Putschversuch, gleichviel, ob er von rechts oder links komme, rücksichtslos niederzuschlagen werde. Landeshauptmann Dr. Stumm, der an der Versammlung teilnahm, dankte für das Treuegelübde der Heimatwehr. Wenn sich die Heimatwehr dem Landeshauptmann zur Verfügung stellt, so bedeutet das keine Veränderung ihrer bisherigen Haltung, denn der Landeshauptmann ist erklärter Anhänger einer Selbständigmachung Tirols.

Am Sonntag fand in München der erste bayerische Kadettentag statt, der, wie in München üblich, zu einer militärisch-monarchistischen Feier herausgestaltet wurde. Herr Kraft von Deumendingen hielt eine militärische Rede, Kronprinz Rupprecht sandte aus Ungarn ein Telegramm, die Prinzen Leopold und Alfons waren bei der Feier anwesend. Der monarchistische bayerische Kultusminister, Dr. Matt, durfte natürlich nicht fehlen. Auffällig war, daß auch der bayerische Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, sich an der Feier beteiligte.

Neue Kredite an Polen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre Zustimmung zur Erteilung eines Kredits in Höhe von 5 Millionen Dollars, bestehend in Materialien, die aus der militärischen Demobilisierung stammen, an Polen gegeben. Polen hat ferner eine französische Anleihe in Höhe von 100 Millionen Franken erhalten.

Eine wirklich aktive Politik

Die Hoffnung darauf, daß die Alliierten zu einer Revision des Gutachters des Völkerbundesrats kommen würden und daß insbesondere England die Entscheidung über Oberschlesien zugunsten Deutschlands beeinflussen könnte, muß wohl endgültig aufgegeben werden. Wenn die Botschafterkonferenz noch zu keinem Beschluß gekommen ist, so liegt das nicht daran, daß man den Inhalt des Gutachters beanstandet, sondern es bestehen lediglich noch Differenzen über die Art der Ausführung. Frankreich will die politische Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien festsetzen und die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse einer Verständigung zwischen diesen Ländern überlassen. England dagegen möchte die Entscheidung als ein Ganzes proklamieren und sie so ablassen, daß sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht in Widerspruch gerät.

Was ist in dieser Stunde zu tun? Die deutsche Regierung tut, das kann zuerst festgestellt werden, so gut wie nichts. Wenigstens hat die Öffentlichkeit nicht viel davon erfahren. Die Schuld dafür müssen wir allerdings weniger bei dem Haupt dieser Regierung, als bei den bürgerlichen Parteien suchen. Wir haben von ihnen während des Krieges tausendmal gehört, daß man nicht nach den Schuldigen fragen dürfe, wenn eine Feuersbrunst das Wohnhaus zu vernichten droht, sondern daß alle Einwohner zusammenstehen müßten, um den Brand zu löschen. Dieses von ihm selbst erfundene Rezept hat das Bürgertum jetzt gänzlich vergessen. Die wirtschaftliche und die politische Spekulation ist auf den angelegentlich unvermeidlichen Bankrott eingestellt, jeder sucht sich für sich selbst soviel wie möglich zu retten. Die Staatstreue der deutschen Bürger bewährt sich jetzt darin, daß sie in williger Prosigier nur ihr eigenes Vermögen zu erhalten und zu vermehren trachten, mag darüber auch die Wirtschaft des Reiches in Trümmer gehen.

Nicht anders ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Wie konnten sie doch sonst so schön darüber reden, daß in gefährlichen Stunden das Vaterland über der Partei zu stehen habe; und nun wissen sie nichts anderes zu tun, als dem Kabinett Wirth die größten Schwierigkeiten zu bereiten, es aktionsunfähig zu machen und ihm jeden Kredit im Innern wie im Auslande zu rauben. Wenn aber in der ober-schlesischen Frage für Deutschland wirklich noch etwas erreicht werden soll, so muß dieser Tatenlosigkeit ein Ende gemacht werden. Freilich nicht in dem Sinne, daß man nach deutsch-nationaler und demokratischer Empfehlung die Entente und den Völkerbund mit Schmähungen überhäuft und Deutschland aufs neue in der Welt zu isolieren sucht. Die deutsche Regierung hat vielmehr die Pflicht, sofort an den Punkt des Genfer Gutachters anzuknüpfen, der für unsere Politik einige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Und das ist die Anbahnung einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen, nicht nur allein über Oberschlesien, sondern über den ganzen Komplex der wirtschaftlichen und politischen Differenzen, der bis zum heutigen Tage zwischen den beiden Ländern liegt. Wir haben auch heute keinen Anlaß, den Völkerbund anders einzuschätzen als eine Interessensvertretung der Alliierten in erweiterter Form. Und man mag das Gutachten, das er über Oberschlesien abgegeben hat, als noch so ungerecht empfinden: mit der Empfehlung an Deutschland und Polen, sich in die gemeinsame wirtschaftliche Verwaltung eines Gebietes zu teilen, das durch politische Grenzen getrennt ist, ist ein Weg beschritten worden, den man verfolgen muß, gangbar zu machen.

Wie war bis jetzt das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen? Die polnische Regierung hat, getrieben von dem Nachthunger ihrer Bourgeoisie und gestützt auf die Freundschaft des französischen Nationalismus, ihre Ansprüche gegenüber Deutschland stets auf das äußerste Maß gesteigert. Wo sie eine Benachteiligung durch den westlichen Nachbar befürchtete, antwortete sie mit politischen Repressalien und mit verkehrstechnischen Schikanen. In dieses Kapitel gehört die Zurückhaltung tausender deutscher Eisenbahnwaggons, die Verärgerungsmaßnahmen im polnischen Korridor und schließlich auch die Vorwegnahme der Entscheidung des Obersten Rats über Oberschlesien durch die Begünstigung des Aufstandes im Abstimmungsgebiet. Deutschland wiederum, das außenpolitisch ohnmächtig ist, hat sich dafür mit der Errichtung einer wirtschaftlichen Mauer gegen Polen gerächt. Seit Jahr und Tag kommt kein Industrieerzeugnis auf dem direkten Wege mehr nach Polen. Gewiß liegen dort die volutarischen Verhältnisse besonders ungünstig. Aber die deutschen Exporteure machen fortlaufend große Geschäfte auch mit anderen Ländern, deren Staatswirtschaft nicht günstiger als die polnische ist. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß große Mengen deutscher Waren trotz der wirtschaftlichen Absperrung auf Schleichwegen oder über neutrale Länder nach Polen gelangen. Uebrigens haben maßgebende Exportkreise in Deutschland erklärt, man solle es ihnen überlassen, auf welche Weise sie sich Deckung für ihre Verkäufe nach Polen verschaffen wollen. So ist es dahin gekommen, daß der

Handel mit Polen nicht zu einer Belebung der deutschen Wirtschaft und zu einer Stärkung der deutschen Zahlungsbilanz führte und nichts dazu beitrug, daß wir eine bestimmte Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und industriellen Rohstoffen aus Polen eintauschen könnten. Es wurde vielmehr durch diese kurzfristige Wirtschaftspolitik dem Kapital anderer Länder Gelegenheit gegeben, sich in Polen festzusetzen und den Boden für große geschäftliche Aktionen vorzubereiten.

Der Teil des Genfer Gutachtens, der eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen über die künftige Wirtschaftsführung in Oberschlesien vorsteht, gibt der deutschen Regierung die Möglichkeit, eine wirklich aktive Politik zu beginnen. Nicht mit Unrecht befürchten die nationalistischen Kreise in Frankreich, daß ein deutsch-polnisches Zusammenarbeiten in Oberschlesien weit mehr den Deutschen als den Polen zum Vorteil gereichen könnte. Wenn das wahr ist, was wir täglich in der deutschnationalen Presse lesen können, daß Deutschland in wissenschaftlicher und technischer Beziehung an der Spitze aller Völker stehe, so könnte in Oberschlesien dafür der Beweis erbracht werden. Nicht in dem Sinne, daß Deutschland seinem Kontrahenten bei der gemeinsamen Bewirtschaftung des Gebiets über das Ohr zu haue trachtet, sondern indem es seine industrielle Überlegenheit zur Förderung der gemeinsamen Interessen einsetzt. Gewiß mag Polen seinen Vorteil dabei finden, aber nicht minder groß wird der Vorteil sein, den Deutschland aus dieser gemeinsamen Arbeit ziehen muß. Es ist ein törichter Glaube, daß Polen ohne die Unterstützung Deutschlands seine eigenen Produktionskräfte nicht entwickeln und die Verwaltung des ihm zufallenden Industriegebietes von Oberschlesien nicht in der bisherigen Weise weiterführen könne. Aber selbst wenn das zuträfe, so würden sich zum Schaden Deutschlands genug Hilfskräfte aus anderen industriell hochentwickelten Ländern einfinden, die sich Polen zur Verfügung stellen würden.

Würde die deutsch-polnische Verständigung über Oberschlesien hergestellt werden, so müßten sich die weiteren Folgerungen über das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Polen von selbst ergeben. Die wirtschaftliche Mauer gegen Osten muß fallen, ein auf dem Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhendes Abkommen sofort geschlossen werden. Deutschland und Polen sind aufeinander angewiesen. Und nur durch gemeinsame Arbeit beider Völker kann die Wunde geschlossen werden, die uns der Weltkrieg im Osten geschlagen hat. Für Verbitterung über uns zugefügtes Unrecht darf jetzt kein Raum sein; die Zukunft erheischt die Lösung so ungeheurer wirtschaftlicher Aufgaben, daß wir uns nur ins eigene Fleisch schneiden würden, wollten wir jetzt verärgert beiseite treten und abwarten, ob nicht der Bankrott des eigenen Landes auch den Zusammenbruch der anderen nach sich ziehen würde.

Die deutsche Arbeiterklasse verlangt dringend, daß die deutsche Politik sich auch nach Polen hin nach rein wirtschaftlichen Erwägungen orientiert und nicht immer wieder nationalistischer Gefühlspolitik Rechnung trägt. Sie wird es nicht dulden, daß die kapitalistischen Kreise in Deutschland auf die Wahrung ihrer eigenen Interessen bedacht sind und darüber die Staatswirtschaft dem Bankrott und das Proletariat der völligen Verelendung überliefern. Jetzt hat die Stunde geschlagen, in der die Regierung zu einer wirklich aktiven Politik der wirtschaftlichen Verständigung übergehen muß. Wird diese Gelegenheit wieder um veräußert, so wird die Arbeiterklasse jene Kreise zur Verantwortung zu ziehen wissen, die in politischer Verbindung aufs neue daran arbeiten, daß wir inn der ganzen Welt isoliert bleiben.

Systemwechsel und seine Folgen

In der „Frankfurter Zeitung“ nimmt der demokratische Abg. Erkelenz entschieden Stellung für die Regierung Wirth. Er wendet sich dagegen, als ob gegenwärtig wegen der oberösterreichischen Entscheidung eine Aenderung in der auswärtigen Politik Deutschlands eintreten müsse, und meint:

„Die Reichsische Politik ist durch die oberösterreichische Entscheidung stark beeinträchtigt, aber sie ist nicht gescheitert und steht nicht ohne neue Ziele den zukünftigen Aufgaben gegenüber. Weder in seiner Person noch in denen der Kabinettsmitglieder liegt ein Grund, mit gewechselten Personen die selbe Politik zu machen. Ein Ministerwechsel ohne schwerwiegende sachliche oder persönliche Notwendigkeit ist abzulehnen.“

In einem anderen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ wird die Unsinnglichkeit der Herbeiführung einer Regierungskrise im jetzigen Augenblick folgendermaßen gekennzeichnet:

„Denn so geht es nun schon regelmäßig bei uns: ein Unglück bricht von außen über uns herein, eine Entscheidung, eine Forderung, ein Diktat der Sieger bringt uns das von victis wieder einmal grausam zum Bewußtsein — wir aber rassisthagen nicht, wie wir dem Unglück vielleicht begegnen können, wie wir, wenn es sich als unabwendbar erweist, mit mannhaftem Ernste Konsequenzen daraus zu ziehen haben, um unser Volk und unseren Staat trotz allem am Leben erhalten — wir verankerten eine Regierungskrise! Was wird dem Lande damit geschehen? Nichts. Aber danach wird auch nicht gefragt.“

Gewiß müßte die Regierung die Vertrauensfrage stellen und durch eine Abstimmung eine Klarstellung darüber fordern, ob die Parteien ihrer Kombination weiter hinter ihr und hinter ihrer Politik stehen oder nicht. Die Parteien hätten dann die Verantwortung. Gegenwärtig sei diese Frage schon beantwortet, weil, abgesehen von den demagogischen Deutschnationalen, keine Partei Obstruktionspolitik gegenüber dem Verfallener Vertrag wollen, denn das wäre Katastrophe politisch, die das Land noch vergrößern würde. Das Blatt zieht daraus die Folgerung:

„Wir können keine andere Außenpolitik treiben, als das Kabinett Wirth sie nach der Entscheidung über Oberschlesien zu treiben vor hat. Wir können und wollen auch keine andere Innenpolitik treiben als die des Kabinetts Wirth.“

Das ist richtig. Wenn aber trotzdem nicht nur die Demokraten, sondern auch das Zentrum eine Aenderung in der persönlichen und parteipolitischen Zusammensetzung des Kabinetts Wirth herbeiführen wollen, so doch nur deswegen, weil sie eine andere Politik, das heißt einen völligen Systemwechsel wünschen. Dieser Systemwechsel aber wird in dem Augenblick unmöglich, wo die rechtssozialistische Partei ihn nicht mitmacht. Von ihr hängt die Entscheidung ab. Ohne ihre Mitwirkung müßten Demokraten und Zentrum sich die Unterstützung der Deutschnationalen sichern. Das aber wäre doch

nichts anderes, als eine Regierung der Rechten, eine Regierung gegen die Arbeiterklasse. Das kann verhindert werden, wenn die Rechtssozialisten fest bleiben und die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Wirth dem Parlament überlassen bleibt.

Der Zusammentritt des Reichstags

Wie die „Telegraphen-Union“ hört, tritt bestimmt am Donnerstag vormittag 10 Uhr der Reichsrat und am Nachmittag zu unbestimmter Stunde der Reichstag zusammen. Auch die Fraktionen haben sämtlich Sitzungen anberaumt, so die Deutsche Volkspartei für Dienstag nachmittag, für Mittwoch die Zentrumspartei und für Donnerstag die Deutschnationalen, Unabhängigen, Rechtssozialisten, Demokraten und Kommunisten.

Die interfraktionellen Besprechungen, die am Dienstag fortgesetzt worden sind, waren um drei Uhr noch nicht zu Ende gegangen. Ueber ihr Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Zoffschweigen!

Ein bürgerlicher Schriftsteller, Karl Fischer, hat vor einigen Wochen eine kleine Schrift herausgegeben, die den Titel trägt „Das ostpreussische Problem“ (Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte, Berlin W 8). Der Verfasser behandelt in dieser Schrift die Verhältnisse in Ostpreußen, wie sie sich nach der Revolution entwickelt haben. Er geht insbesondere auf die Treibereien der Deutschnationalen ein, die vor keinem Mittel zurückschrecken, aus Ostpreußen eine Hochburg der Monarchie zu machen. Das ist ihnen in der Tat auch glänzend gelungen. Die Verordnungen der Republik werden in Ostpreußen buchstäblich mit den Füßen getreten. Die Organe sind in Ostpreußen nicht aufgelöst, unter einem anderen Namen führt sie weiter ein für die Monarchisten sehr erprobtes Dasein. Waffen und Munition haben die Reaktionsäre in Ostpreußen nicht abgeliefert. Die Behörden arbeiten dabei vielfach mit den Reaktionsären Hand in Hand. Es sind zwar einige republikanische Beamte in Ostpreußen tätig; deren Anordnungen werden aber systematisch durchkreuzt. Kurz gesagt, Ostpreußen, das infolge des Korridors eine Art koloniales Dasein führt, ist dank der emigen Arbeit der Monarchisten zu einem großen Gefahrenherd geworden.

Das sind die wesentlichen Gedankengänge der Broschüre, auf die wir noch ausführlicher zu sprechen kommen werden. Es ist nun charakteristisch, daß die bürgerliche Presse in Ostpreußen bemerkt hat, diese Broschüre ist zu schwach, so groß ist die Angst dieser Herrschaften vor der Wahrheit. Ja, man ist sogar noch weiter gegangen. Von deutschnationaler Seite wurde den ostpreussischen Sortimentierern verboten, die Broschüre Karl Fischers zu verkaufen. Der Inhaber einer großen Buchhandlung in Königsberg äußerte sich gegenüber einem Herrn, der die Broschüre verlangte: „Wir dürfen sie nicht feilhalten, weil sie gegen Ostpreußen gerichtet ist.“ In Wirklichkeit ist die Broschüre für Ostpreußen geschrieben, denn der Verfasser schlüsselt ganz richtig, daß gegen die reaktionären Umtriebe ernsthafteste Maßnahmen ergriffen werden müssen, soll Ostpreußen dem Reiche erhalten bleiben.

Das können die Deutschnationalen nicht ertragen. Ihr Geschäft läuft am besten auf dem Sumpfboden der Lüge. Die Wahrheit wird folgeschwiegen, wenn angängig, auch unter Anwendung von Gewalt.

Preußen- und Stadtverordnetenwahl

Stimmenanteile der Parteien

Wir haben bereits die Ziffern der Kommunalwahl in Groß-Berlin mit denen der lektorangegangenen Wahl, der zum Preussischen Landtag im Februar dieses Jahres, gegen übergestellt. Es ergab sich, daß insgesamt im Oktober weniger Stimmen abgegeben worden sind, als im Februar, was in der Hauptsache mit dem Unterschied in der Zahl der Wahlberechtigten zusammenhängt. Alle Parteien haben also Einbußen erlitten, aber diese Verluste verteilen sich nicht auf alle gleichmäßig.

Die absoluten Zahlen liefern kein klares Bild. Es ist nötig, die Prozentzahlen zu berechnen. Dann ergeben sich folgende Verluste:

Rechtssozialisten	20,4
Kommunisten	18,8
Demokraten	17,8
Deutsche Volkspartei	17,6
Deutschnationalen	16,2
Wirtschaftspartei	16,7
Zentrum	14,9
Unabhängige	3,9

Mit anderen Worten: die U. S. P. D. hat bei weitem am besten abgeköhnt. Ihr Stimmenrückgang ist wesentlich geringer als der aller anderen Gruppen. Besonders stark tritt die Differenz zwischen ihr und den beiden anderen Arbeiterparteien in die Erscheinung. Der Rückgang der Rechtssozialisten ist um 16,5 Proz. und der der Kommunisten umm 14,9 Proz. größer als der der Unabhängigen.

Annähernd dasselbe Bild ergibt sich, wenn man den prozentualen Anteil der Stimmen, den jede Partei bei der Preußenwahl im Februar und der Stadtverordnetenwahl am 16. Oktober erzielt hat, gegenüberstellt:

	Preußenwahl	Stadtverordnetenwahl	+ oder -
Unabhängige	17,3%	10,5%	+ 2,2%
Rechtssozialisten	22,3%	20,8%	- 1,7%
Kommunisten	10,2%	9,8%	- 0,4%
Demokraten	7,7%	7,5%	- 0,2%
Deutsche Volkspartei	15,7%	16,5%	+ 0,8%
Deutschnationalen	17,7%	18,6%	+ 0,9%
Wirtschaftspartei	5,2%	3,9%	- 1,3%
Zentrum	3,9%	4,6%	+ 0,7%
	100%	100%	

Der Schluß auf die Wirkung, die einerseits die in Görlich eingeleitete Politik und andererseits die Auseinandersetzungen im Lager der Kommunisten auf die Arbeiter ausgeübt haben, liegt auf der Hand.

Der 9. November nicht dienstfrei. Auf den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, durch das der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage anerkannt und festgelegt werden sollen, war die schließliche Regierung an die Reichsregierung mit einer diesbezüglichen Forderung herangetreten. Im vergangenen Jahre war im Wege der Verordnung der 9. November für staatliche Betriebe als dienstfrei bestimmt worden. Die Reichsregierung hat sich nun dahin geäußert, daß im Hinblick auf die sich dabei ergebenden Schwierigkeiten die Regierung von einer solchen Verordnung in diesem Jahre Abstand nehmen wolle.

Am das Frauenstimmrecht. In der Volksabstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts im Kantons Genf wurde die Gesetzesvorlage mit rund 14000 gegen rund 6500 Stimmen verworfen.

Die wilde Kartoffelwirtschaft

Höchstpreise oder Umlageverfahren?

Daß die augenblicklichen Zustände in der Kartoffelverorgung der Bevölkerung unhaltbar sind, wird von allen Seiten zugegeben. Das Reichsernährungsministerium tröstet sich mit der Hoffnung, durch eine bessere Bagengestellung der Schwierigkeiten Herr zu werden und etwaige Preisübersteigerungen mit Hilfe der Preisprüfungsstellen und der Wuchergerichte abnden zu können. Das ist aber falsch, zum mindesten aber keine Hilfe für die Bevölkerung. Ihr liegt weniger daran, daß der Wucher bestrast, sondern vielmehr daran, daß er verhindert wird. Dieser Aufgabe sind aber weder Preisprüfungsstellen noch Wuchergerichte gewachsen. Die lange Erfahrung während der Kriegs- und Nachkriegszeit hat die Wirkungslosigkeit all dieser Maßnahmen einwandfrei dargetan. Auch 6rtliche Höchstpreise sind kein Mittel zur Behebung der Schwierigkeiten. Im Gegenteil. Durch sie würde eine Schädigung der Verbraucherbezirke eintreten, keineswegs aber eine Senkung der Preise.

Reinigungsverschiebenheit kann gegenwärtig deshalb nur noch darüber bestehen, ob allgemeine Höchstpreise oder die Einführung eines Umlageverfahrens anzustreben ist. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ebenso wenig wie örtliche allgemeine Höchstpreise ein Mittel sind, den Mangel und der Preissteigerung von Kartoffeln entgegenzuwirken. Werden jetzt Höchstpreise über das ganze Reich erlassen, wie es der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und vom Reichsernährungsminister gefordert zu haben scheint, so ergeben sich folgende Möglichkeiten: Werden die Höchstpreise hoch festgesetzt, so wird der Wucher unangestastet bleiben, ja sogar legalisiert werden. Dann kann es vielleicht eine Verorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln geben. Da es aber kaum die Absicht der Gewerkschaften sein wird, Preise festzusetzen, die den Landwirten genügen, also den jetzigen entsprechen, so könnte es sich bei der Einführung von Höchstpreisen nur um die Festsetzung von niedrigeren Preisen handeln. Nach den früheren Erfahrungen aber liefern dann die Landwirte nicht. Die Verorgung stockt, und es bleibt der jetzige Zustand: Mangel an Kartoffeln und hohe Preise. Die Verorgung der Bevölkerung wäre schlecht und teuer, da die Kartoffeln im Schleichhandel bezogen werden müßten.

Deshalb bleibt gar nichts anderes übrig, wenn die Bevölkerung wirklich ausreichend und zu erschwinglichen Preisen versorgt werden soll, als für Zwangsmassnahmen einzutreten. Gewiß kann die engere Verbindung von landwirtschaftlichen Erzeugern und Verbrauchern nützlich sein, wenn durch sie die hohen Gewinne des Zwischenhandels ausgeschaltet werden. Deshalb verdienen die Bestrebungen, die Arbeiter und Angehörten großer Unternehmungen direkt mit Kartoffeln zu versorgen, Unterstützung. Aber man soll auch die Schwierigkeiten solcher Maßnahmen nicht unterschätzen und nicht außer acht lassen, daß selbst, wenn diese Art Verorgung sich ausbreitet, sie bestenfalls nur einen kleinen Teil der Bevölkerung versorgen kann und große Massen gerade der Schicksalbedürftigsten ohne jede Hilfe bleiben. Es rächt sich jetzt eben der Widerstand, den die Landwirte und das Ernährungsministerium unserer Forderung entgegengekehrt haben, die Landwirte zu Lieferungsgeossenschaften zusammenzuschließen, um auf diese Weise eine direkte Verbindung zwischen Stadt und Land herbeizuführen.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben die Notwendigkeit von Zwangsmassnahmen eingesehen und in einer Eingabe an das Ernährungsministerium die Beschlagnahme der am 1. November bei den Landwirten vorhandenen und nicht für die eigene Wirtschaft gebrauchten Kartoffeln verlangt. Wiederherstellung der Zwangswirtschaft liegt ihnen wahrscheinlich ebenso fern, wie uns. Wenn wir für das Umlageverfahren eintreten, so deshalb, weil es gegenüber der einfachen Beschlagnahme das gerechtere Verfahren darstellt. Jeder Landwirt müßte entsprechend der von ihm erzeugten Menge einen Teil seiner Erzeugung zu niedrigen Preisen hergeben. Eine solche Anordnung ist technisch ohne weiteres möglich. Aber auch wirtschaftlich. Es geht dazu nur der Wille der Staatsgewalt, nicht vor der Profitgucht der Erzeuger zu kapitulieren, sondern die Pflicht zu erfüllen gegenüber der städtischen Bevölkerung, deren Verorgung doch auf irgendeine Art sichergestellt werden muß.

Deshalb verlangen wir nach wie vor, daß die Spitzenorganisationen der Freien Gewerkschaften die Forderung auf Einführung des Umlageverfahrens beim Ernährungsminister vertreten.

Stühle und Bierseidel gegen Leviten

Am Freitag der vergangenen Woche hatte die kommunistische Arbeitsgemeinschaft ihre Anhänger und die mit ihnen „Sympathisierenden“ aus der kommunistischen Partei zu einer Versammlung nach Böders Festhallen in der Weberstraße eingeladen. Ernst Däumig sollte den Erschienenen auseinandersetzen, welches der allein richtige und, unerschöpfte Kommunismus sei. Aber damit ist er, wie uns berichtet wird, nicht weit gekommen. Es hatten sich auch einige Abgeordnete der Zentrale der kommunistischen Partei eingefunden, darunter Edwin Hörnie, da man erwartete, daß ihnen an einer sachlichen Auseinandersetzung gelegen sei. Dann aber erschien der Reichstagsabgeordnete Kemmle, und da man von ihm eine Söderung der Veranstaltung befürchtete, so wurde ihm der Eintritt verwehrt. Nach einiger Zeit erschien Kemmels in Begleitung von etwa 200 Mann noch einmal auf der Bildfläche. Der Stiohrupp drang in den Saal, und nun begann ein wildes Gerausche. Da die gelistigen Waffen nicht ausreichten, so wurden auch Stühle und Bierseidel gegen die Leviten geschwungen. Das Ende war eine wilde Schlägerei. Ernst Däumig konnte sich rechtzeitig dem Getümmel entziehen, dagegen soll es einigen seiner Freunde übel ergangen sein.

Wir können über diese Selbstverleumdung der kommunistischen Partei keine Schadenfreude empfinden, wenngleich heute den Leviten mit demselben Rache gebietet wird, mit dem sie vor Jahresfrist die Unabhängige Sozialdemokratie geschlagen zu können glaubten. Für die deutsche Arbeiterbewegung wird es aber eine ewige Schande bleiben, daß heute noch, nach dem völligen Bankrott der kommunistisch-anarchistischen Ideen, ein Teil der Arbeiter Methoden huldigt, die man jetzt endgültig den Anhängern von Knüppel-Kunze überlassen sollte.

Der Bericht der „Roten Fahne“ über diese Versammlung erzählt lediglich von „kürzlichen Ausritten“. Außerdem erzählt man, daß 12 Kommunisten, die zur Opposition gehören, diese Vorgänge zum Anlaß genommen haben, um aus der Partei auszutreten. Dazu gehören: Oskar Ruch, Georg Handke, Hans Wegner. Ueber die Vorgänge selbst, die so empörender Natur waren, daß noch weitere Ausritte erfolgen werden, wollte die „Rote Fahne“ berichten. Das ist ihr aber nicht gelungen, an Stelle dieser Mitteilungen ist ein 12 Zeilen habes weites Lied. War in dem für diesen weihen Raum bestimmten Satz auch die Mitteilung, daß an Stelle von Ernst Däumig, der durch eine Hintertür entwichen konnte, Edwin Hörnie Präsident bekam?

Ungeheurer Ueberfluß an Schnaps

Ein besonderes Kapitel agrarischer Liebesgabenpolitik

Der Schnaps hat in der deutschen Politik schon immer eine beachtliche Rolle gespielt. Schnaps wird aus Spiritus gemacht, und den Spiritus brennen in der Hauptsache die Großagrarier aus Kartoffeln und Getreide. Das war schon immer ein treffliches Geschäft. „Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft“ sagt sich jeder junckerliche Schnapsbrenner. Der Zusammenschluß der Schnapsbrenner war stets vorbildlich. Die Spirituszentrale der Vorkriegszeit war mehr als eine Vereinigung zur Profitmacherei. Sie war eine Körperschaft von ungeahntem politischen Einfluß. In der Spirituszentrale waren die Spitzen jener erklüfteten Kreise vereinigt, die in der Glanzzeit des alten junckerlich-monarchistischen Deutschlands Minister machten oder sie purzeln ließen. Infolge ihrer starken Stellung in der inneren Politik Deutschlands griff der Einfluß der Schnapsbrenner auch auf die Außenpolitik über. Nur ganz Eingeweihte wußten, in welcher großem Maße die Männer vom Spiritus das Schicksal des deutschen Volkes beeinflussten.

Krieg und Revolution kamen. Die Spirituszentrale lebt heute nicht mehr. Aber die Spiritusbrenner sind noch da und erfreuen sich eines robusten Wohlergehens. Mag der junckerlich-agrarische Einfluß auf die Politik der Republik nicht mehr so unmittelbar sein wie einst im monarchistischen Deutschland, so können sich die Ritter vom Brenntopf doch damit trösten, daß die Wasserlein ihres Profitmachens heute fröhlicher plätschern als je zuvor.

Die Schnapsbrennerei frißt sich heute dick und voll auf Kosten der laß bankrotten Reichskasse.

An Stelle der Spirituszentrale des Brenngewerbes ist vor einigen Jahren das Reichsmonopol für Branntwein getreten. Hatte früher die Brenner selbst für den Abschlag ihres Giftes zu sorgen, so sind sie heute dieser Sorge entbunden. Im Rahmen eines bestimmten Brennrechtes verandeln sie Kartoffeln und dergleichen in Spiritus und liefern diesen an das Monopolamt. Dieses hat dafür einen bestimmten Preis zu zahlen, der von einem Beirat festgesetzt wird. Was das Reich mit dem Spiritus anfängt, ist seine Sache. Auch wenn es keinen Abschlag findet, muß es den anrollenden Spiritus der Brenner übernehmen und zum festgesetzten Preis bezahlen.

Nun ist der Schnapsverbrauch in Deutschland stark zurückgegangen. Die Ernährungsdiät machten es nötig, die Verwandlung von Nahrungs- und Futtermitteln in Spiritus einzuschränken. Die Brenner bekamen nur einen Teil ihres Brennrechtes zur Ausübung freigegeben. Darüber regelmäßig starkes Grollen der Brenner. Als im vergangenen Jahre den Kartoffelbrennern ein Drittel ihres Brennrechtes freigegeben war, wurde dieses Recht von ihnen nicht ausgenutzt und damit künstlich und mit ganz bestimmten Absichten in Deutschland ein Spiritusmangel von solchem Umfange herbeigeführt, daß eine Bedrohung der Spiritus verarbeitenden Industrien entstand. So wurde die Regierung veranlaßt, die bis dahin verbotene Verarbeitung von Mais zu Spiritus freizugeben. Dieser Mais mußte vom Ausland eingeführt werden. Auch ein gut Teil des mit Reichsmitteln zu Futterzwecken verbilligten Mais wurde zu Schnaps gemacht. Im Beirat setzten die hochstaudalen Herren treffliche Liebesgabenpreise fest.

Und nun begann eine Katastrophe.

In unerhörten Mengen stürzte jetzt dem Monopolamt des Reiches Spiritus war. Weit mehr, als je wieder abgefeht werden kann. Das Spiritusmeer schmolz und brauste. Die Monopolverwaltung verank in ihrem Vorrat. Vom März bis Juni 1921 flieg das Meer an Vorräten an Spiritus um eine Million Hektoliter an. Am 30. September war der Vorrat auf über anderthalb Millionen Hektoliter angeschwollen.

Was nun? Der Spiritusverbrauch für das ganze kommende Jahr kann auf höchstens eine Million Hektoliter geschätzt werden. Wenn in dem am 1. Oktober begonnene neuen Brennjahr ein Drittel des Brennrechtes der Spiritusmacher ausgenutzt werden darf, dann wird Deutschland am Ende dieses Jahres zwei Millionen Hektoliter Spiritus vortätig haben. Das ist der Bedarf bis Ende 1924. Die Schnapsbrenner sind aber keinesfalls gewillt, dann etwa die Schleusen ihrer Spiritusbäche zu verschließen. Im Gegenteil. Sie fordern, daß noch viel mehr Spiritus erzeugt werden darf und vom Reich zu kostigen Preisen übernommen wird.

Für die kostigen Preise sorgt der Beirat. Das ist eine Körperschaft von ganz besonderer Art. Es sitzen darin stimmberichtig:

Fünf Mitglieder des Reichsrates, davon sind heute vier adlige Herren. Ihrem Beruf nach sind zwei Oberregierungs- räte, zwei Ministerialdirektoren, ein Staatsrat.
Fünf Mitglieder vom Verwertungsbund deutscher Spiritusabwickler (die frühere Spirituszentrale). Alle fünf sind Großagrarier junckerlicher Art und Spiritusinteressenten, zwei davon sind Blaudämler.

Fünf Mitglieder vom Reichsfinanzministerium berufen. Auch hier ist der agrarische Einschlag hervorsteckend und die Interessenvertretung offensichtlich. Die fünf Herren vertreten die Kornbrennerei, die Melassebrennerei, die Hefebrennerei, die Obsterbrennerei und die Reinigungsanstalten.

Diesen fünfzehn Mitgliedern stehen drei Stimmen der Monopolverwaltung gegenüber. Der Reichstag ist nur dekorativ vertreten. Er entsendet in diese Körperschaft fünf Mitglieder. Auch hier hat das junckerlich-agrarische Interesse seine Positionen. Unter diesen fünf sind: der Schnapsbrenner und deutschnationale Abgeordnete v. Dietrich sowie zwei weitere agrarische Abgeordnete. Die ganze proletarische Linke kommt durch eine einzige Stimme zur Geltung!

In diesem Beirat feiert der berühmte Erwerbsplan unserer patriotischen Ritter von Ar und Halm staunenswerte Triumphe, die nur ganz selten durch einen Einspruch des Reichsrates etwas gestört werden. Bei der Berechnung des den Brennern für ihren Spiritus aus Reichsmitteln zu zahlenden Liebesgabenpreises kennt die Kampfesfreudigkeit und sprichwörtliche Kühnheit der Agrarier im Fördern keine Grenzen. Bei der Berechnung des Wertes der in der Spiritusfabrikation zu verarbeitenden Rohstoffe (Kartoffeln, Mais) entbrennt regelmäßig der Hauptkampf. Obwohl zu Brennweiden nur verorbene, für Etwas unbrauchbare Kartoffeln verwendet werden dürfen, geht das Bestreben der Schnapsbrenner dahin, für diesen Abfall ihrer Kartoffelfelder den vollen Preis für Speisekartoffeln zu gewähren zu erhalten. Im Vorjahre wurden die Produktionskosten für Speisekartoffeln von der gewöhnlich agrarierfeindlichen Indext Kommission mit zwanzig Mark festgestellt. Im Beirats des Branntweinmonopolamts setzten die Agrarier durch, daß der für die Spiritusbereitung in Frage kommende Kartoffelabfall mit 19,50 Mark berechnet und ihnen bezahlt wurde! Im neuen Jahr haben sie gefordert, daß dieser Kartoffelpreis auf 35, ja 40 Mark festgelegt wird. Und da der Spiritusübernahmepreis von 600

auf 1000 Mark erhöht wurde, haben sie ihre ernten wackerlichen Pläne in welchem Maße durchgeführt.

Das Reich ertrinkt in unerfülltem Spiritus,

muß aber trotzdem auch im neuen Jahre das überflüssige Zeug kaufen und dafür einen gewaltig gesteigerten Preis bezahlen! Bei diesen Preisen werden die Junter ihr Brennrecht ausnützen bis zum letzten Tropfen.

Sie fordern gebieterisch, daß ihnen die Freiheit gegeben werde, noch viel mehr Spiritus zu brennen, als es ihnen im vergangenen Jahre gestattet war. Sie trumphen mit dem Argument auf, daß sie alles ja nur fürs liebe deutsche Volk tun. Sie sagen: bei der Verwandlung von Kartoffeln zu Spiritus bleibt ein Rückstand, die Schlempe. Diese Schlempe frist das Vieh und bekommt davon rote Backen. Das mit Schlempe gefütterte Vieh gibt viel Milch und viel — Mist. Beides kommt dem armen lebenden Volk zugute. Wo: wenn auch das Reich im Spiritusmeer untergeht und die Kasse vor lauter Zahlungen an die Spiritus liefernden Agrarier leer wird — es geschieht alles zum Heil des Vaterlandes und des Volkes!

Die Komodie ist zu lächerlich, als daß viel dazu gesagt zu werden braucht. Trotz der Riesenproduktion an Spiritus im vergangenen Sommer ist nur eine vorübergehende Verbesserung der Milchlieferung unserer Städte erfolgt. Aber die Preise für die Milch sind in wirbelndem Tempo emporgeschleiert. Damit widerlegen sich die Brennerargumente von selbst.

Der Spiritusfabrikation muß Einhalt geboten werden.

Diese Liebesgabenwirtschaft, die eine volkswirtschaftliche und finanzpolitische Laßheit darstellt, muß aufhören! Jetzt lagern Milliardenwerte in den überfüllten Spirituslagern der Monopolverwaltung. Dabei weiß das Reich nicht, woher es die Mittel nehmen soll, seine dringendsten Verpflichtungen zu erfüllen. Jeder Hektoliter Spiritus, der auf Vorrat liegt (und wir haben anderthalb Millionen Hektoliter auf Vorrat) kostet jährlich allein an Verzinsung des darin stehenden Kapitals und an Lagergebühren weit über hundert Mark. Dazu kommen bedeutende Verluste durch Schwund. Um Raum zu schaffen für den unauflöslich aus den Juntergütern heranzuwachsenden Spiritus muß jetzt das Monopolamt dieses teuer bezahlte Zeug um Spottpreise an die Benzolindustrie zu Treibzwecken verkaufen oder zu Schleuderpreisen ins Ausland abstoßen. Summen von phantastischer Höhe gehen dabei verloren und müssen durch die Steuerzahler wieder ausgebracht werden.

Die Regierung hat für das neue Jahr den Kartoffelbrennern ein Brennrecht von zwanzig Prozent zugesprochen, aber die Verwandlung von Mais zu Spiritus anscheinend ohne jede Einschränkung freigegeben. Die für das neue Jahr bewilligten Spiritusübernahmepreise werden bewirken, daß die höheren Maispreise kein Hindernis sein werden, in ganz riesigem Ausmaße die Spiritusproduktion zu steigern. So stehen wir vor ganz tollen Dingen. Es werden weiterhin Milliarden zur Herstellung eines für uns unbrauchbaren Produktes verschleudert und vergeudet werden.

In diese unerhörte Wirtschaft muß ein krachendes Donnermettel allgemeiner Empörung fallen! Diese Liebesgabenpolitik gegen über gewissen Schichten eines jetzt gewordenen Großagrarierturns darf keine vier Wochen länger geduldet werden!

Aus dem preussischen Landtag

Dominicus wird nat!

Die Debatte über den reaktionären Kurs des preussischen Innenministers wurde im preussischen Landtag gestern zu Ende geführt. Der kommunistische Abgeordnete Eberlein brachte noch eine Fülle belastender Momente gegen die schlesischen Behörden vor, die das Treiben der Orgeß in jeder Weise begünstigt haben. Insbesondere wies er nach, daß die Orgeß in Schlesien eine ganze Reihe gemeiner Verbrechen verübt hat. Raub, Mord und Brandstiftungen sollen ihr zur Last. Diebstahlverbrechen sind noch die geringfügigsten Vergehen, die der Orgeß nachgewiesen werden können. Das alles hat sich unter dem Regime des Ministers Dominicus abgespielt, der behauptet, er sei gegen die Orgeß energisch vorgegangen.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Severing ging in der Hauptsache auf die Personalpolitik ein und wandte sich dann gegen die Militarisierung der Schulpolizei, die gerade unter Dominicus sehr wesentliche Fortschritte gemacht hat. Severing sprach sehr verächtlich, das Jozyl der Regierungsbildung hinter den Kulissen sollte anscheinend nicht gestört werden. Der Abgeordnete Dejer bemühte sich gleichfalls, die „Gefühle“ der Rechten nicht zu verletzen. Er baute den Rechtssozialisten goldene Brücken hinüber zur Volkspartei.

Dann sprach erneut Minister Dominicus. Er versuchte, die Rechtssozialisten außerhalb der Regierung gegen die Rechtssozialisten innerhalb der Regierung auszuspielen. Herr Dominicus fügt sich als alter Bureaukrat bei seinen Ausführungen gern auf Aktenstücke. Diese enthalten mitunter recht peinliche Dinge, und die Rechtssozialisten hören es nicht gern, wenn sie an Vergangenes erinnert werden. Parteipolitisch betrachtet sind derartige Zwischenfälle ja höchst amüßant. Der gesamten Arbeiterbewegung aber kann es heute nicht mehr darauf ankommen, was früher geschehen ist. Entscheidend für sie ist, was jetzt getan wird zum Schutze der Republik. Herr Dominicus hat in dieser Hinsicht nichts aufzuweisen, seine Taten sprechen gegen ihn. Das brachte vor allem Genosse Leid, der an letzter Stelle sprach, sehr deutlich zum Ausdruck.

Herr Dominicus hatte schon am Freitag die Richtigkeit des von dem Genossen Rabold vorgebrachten Materials gegen die Orgeß und die Geheimorganisationen angezweifelt. Er glaubte gestern einen besonderen Trampf damit auszuspielen zu können, daß er behauptete, die Unterlagen Rabolds schienen schlecht zu sein, denn er habe sie ihm, dem Herrn Minister, bis heute noch nicht ausgeliefert. Eine naive Auffassung! Das von dem Genossen Rabold vorgebrachte Beweismaterial stütze sich auf Tatsachen, die in der Öffentlichkeit allgemein bekannt sind. Wenn Herr Dominicus dafür Unterlagen verlangt, so beweist er damit nur, wie schlecht informiert er ist und wie schlecht insbesondere sein Behördenapparat arbeitet. Unser Redner hat ferner auf eine ganze Reihe reaktionärer Waffenschreibungen hingewiesen, die von der Polizei selbst gemeldet wurden, ohne daß eine behördliche Verfolgung der Täter eingetreten wäre. Er hat nachgewiesen, daß Arbeiter ins Zuchthaus und ins Gefängnis wandern, wenn sie Waffen verbergen oder mit dem Gedanken einer roten Armee spielen. Die Reaktionen hingegen bleiben straflos. Das ist der springende Punkt!

Was die Rordiaten der schlesischen Orgeß angeht, so befindet sich das Beweismaterial in den Händen der Polizei. Wir glauben gern, daß es Herrn Dominicus angenehm wäre, wenn er das weitere Material unseres Redners

in den Händen hätte. Solange er aber nicht den Nachweis führen kann, daß seine Behörden zuverlässig arbeiten, solange besteht die Gefahr, daß das Material dazu benutzt wird, die Verbrechen der Orgeß zu verschleiern und die Täter, wie immer in solchen Fällen, zu warnen. Einer solchen Behörde Material in die Hände zu spielen, heiße also, die Verbrechen der Orgeß begünstigen. Diese Zumutung an einen unabhängigen Abgeordneten zu stellen, ist ein bißchen zu viel verlangt, Herr Dominicus!

Jagow vor dem Reichsgericht

Ein riesiges Zeugenaußgebot

Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig beginnt am Donnerstag, den 27. d. M., der Prozeß gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandbundes und der Pommerischen Landwirtschaftskammer Dr. phil. h. c. Freiherrn v. Wangenheim-Klein-Spiegel wegen Beteiligung am Rapp-Putsch. Beide Angeklagte sind des Verbrechens des Hochverrats (§ 81 St. G. B.), und zwar als Mittäter, beschuldigt. Sie sollen im März 1920 gemeinschaftlich unter sich und im Verein mit dem Generalalltagsdirektor Dr. Rapp, dem General Lüttich und anderen es unternommen haben, die Verfassung des deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Die Amnestieverordnung vom 4. August 1920 ist für beide Angeklagte nicht zur Anwendung gekommen, weil sowohl v. Jagow wie Freiherr v. Wangenheim als Führer des Rappunternehmens betrachtet werden.

Die Anklageschrift, die 160 Seiten umfaßt, geht sehr ausführlich auf die Entstehungsgeschichte des Militärputsches ein, dessen Anfänge sie in der Bewegung unter den Ostpreußen stehenden Truppen zur Zeit der Friedensvertragsunterzeichnung erblickt. Schon damals habe Generalalltagsdirektor Dr. Rapp sich mit militärischen Stellen Ostpreußens in Verbindung gesetzt, um sie für sein Unternehmen zu gewinnen.

Die stärkste Stütze sei in militärischen Kreisen eingetreten, als die Heraushebung der Heeresmacht von den Militierten verlangt wurde, und viele Offiziere und Mannschaften sich von der Gefahr des Putschwerdens bedroht gesehen hätten. Diese Bewegung habe sich am schärfsten bei den in Ostpreußen liegenden Formationen der Brigade Ehrhardt bemerkbar gemacht. Der Hauptbefehl der Reichsregierung gegen Rapp, General Lüttich und Hauptmann Pabst habe diese Truppen dann zum vorzeitigen Losschlagen veranlaßt. Die Anklageschrift geht dann weiter auf die bekannten Vorgänge des 13. März 1920, auf die Flucht der Reichsregierung und die Konstituierung der Rappregierung ein, in der Herr v. Jagow den Posten des Innenministers bekleidete, während Freiherr v. Wangenheim, der in wirtschaftlicher Hinsicht tätig war, von Rapp zum Landwirtschaftsminister ausgerufen war.

Den Verhandlungsvorbehalt wird der Senatspräsident des 3. Strafsenats v. Pelargus führen, die Anklage vertritt der Oberstaatsanwalt Ebermayer selbst, in Gemeinschaft mit einem anderen Deputierten der Reichsanwaltschaft. Bis jetzt sind für diesen Prozeß rund 90 Zeugen geladen worden, die gruppenweise vernommen werden sollen. Die ersten beiden Verhandlungstage werden voraussichtlich nur die Vernehmungen der beiden Angeklagten bringen. Die Beweisaufnahme beginnt am 29. Oktober, an dem u. a. als Zeugen vernommen werden: Reichsjustizminister Schiffer, Oberpräsident Roske, Oberpräsident a. D. Winig, General Merker, Admiral v. Trotha, General Lubendorf, Freiherr v. Falkenhausen, Konrad Marx und der Direktor des Pommerischen Landbundes v. Dewitz. Am 1. November sollen folgende Zeugen gehört werden: Staatsminister a. D. Hergl, Geheimrat Dops, Dr. Stresemann, General v. Seekt, Kommerzienrat Arnold, der frühere Kriegsminister Generalleutnant Reinhardt und die Generale v. Hülsen, v. Bod, v. Doen und v. Tapfen. Am 4. November: Walter Traub, Oberfinanzrat Bang, Reichsjustizminister a. D. Dr. Heine und der deutsche Gesandte in Lissabon, Ulrich Rauscher, von dessen Vernehmung das Gericht aber mit Rücksicht auf die weite Entfernung wohl absehen wird. Unter den übrigen Zeugen befinden sich: Ministerpräsident a. D. Hirth, preussischer Minister des Innern Dominicus, die früheren Minister Göttsch, Südekum und Dejer, Staatssekretär Freund, Unterstaatssekretär Ramm, Ministerialdirektor Reifner, Eisenbahndirektionspräsident Wulff, Oberpostrat Sönksen und Geheimrat Vorka.

Die Verteidigung des Freiherrn v. Wangenheim liegt in den Händen des Rechtsbeistandes des Reichslandbundes, Rechtsanwalt Böttger, Berlin, neben dem für die staatsrechtliche Seite der Verhandlung der Verwaltungsratspräsident Justizrat G. v. S. Berlin als Verteidiger tätig wird. Wer die Verteidigung des Herrn v. Jagow übernehmen wird, steht zur Zeit noch nicht fest.

Das Gebammengesetz wird demnächst dem Landtage zugehen nachdem die Staatsregierung den Änderungen des Staatsrats zugestimmt hat. Den Kreisen werden die Hälfte ihrer Kosten aus dem Gebammengesetz bis zur Gesamthöhe von 10 Millionen Mark für ganz Preußen vergütet.

Pyromons Anschlag an Preußen. Am 18. Oktober haben 2546 Einwohner Pyromons für den Anschlag an Preußen, 640 gegen Preußen gestimmt. Das bedeutet, daß sich eine Mehrheit von 80 Prozent für den Anschlag ausgesprochen hat. Die Arbeiten zum Abschluß des Staatsvertrages werden nunmehr beschleunigt.

Ergänzung Ludwig von Bayern gestorben. Der ehemalige König von Bayern, Ludwig III., ist gestern abend auf seiner ungarischen Besitzung Sarvar gestorben.

Ausschneiden!

Druckfache
Sind die
Hauptredaktion der „Freiheit“
Berlin G 2
Brette Straße 8-9



Sozialisierung des Wohnungswesens

Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa

Die vom A. D. G. B. und Afa aufgestellten „Richtlinien zu einem Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens“ gehen davon aus, daß erstens die zum Schutze der Mieter herausgegebenen Verordnungen keinen hinreichenden Schutz für die Mieter gewähren, zweitens, daß die von den Grund- und Hausbesitzern verlangte Aufhebung eine 15- bis 20fache Mietssteigerung auslösen würde, drittens aber auch die geringe Bautätigkeit zu einer Verewigung der Wohnungsnot und damit zu einer verschlimmernden Bedrohung der Mieter führt. Eine planmäßige weitgreifende Neubautätigkeit ist daher nur auf dem Wege der öffentlichen Bewirtschaftung des gesamten vorhandenen Hausbaues und der Uebertragung der Verfügungsgewalt vom Privatbesitz auf die Mieter möglich. Die Richtlinien fordern deshalb:

Durch Reichsgesetz sollen alle Inhaber von Wohnungen oder Werkstätten in Hauschaften als Genossenschaften öffentlichen Rechts zusammengefaßt werden, und zwar in der Regel immer 500 bis 1000 zusammen. Die Hauseigentümer werden Mieter. Ihr Eigentum wird zugunsten der Hauschaften enteignet. Die Entscheidung über die Zusammenfassung soll durch besonderes Gesetz geregelt werden. Vermietung, Mietspreissetzung, Reparaturen liegen also in der Hand der Mieterhauschaften, die im Geschäftsführer, im Aufsichtsrat und in der Generalversammlung ihre Organe haben. Die Hauschaften einer Stadt oder bei kleineren Gemeinden gemeinschaftlich mit Nachbargemeinden, haben ihre Spitze im Wohnungsverband, darüber hinaus im Landes- oder Provinzialwohnungsverband und im Reichswohnungsverband. Alle sind Selbstverwaltungskörper mit eigenem Recht und aus Wahlen von unten hervorgegangen. Haben die Hauschaften die Verwaltung und Erhaltung des vorhandenen Wohnungsbestandes zu betreiben, so liegt den Wohnungsverbänden, also der Summe des Wohnungsbestandes einer Stadt, außer der Aufsicht über die Hauschaften, die Ueberwachung des Wohnungsbedarfes und die Regelung der Neubautätigkeit, sowie die Erhebung von Mietszuschlägen dafür ob. Bei dem sozialen und demokratischen Charakter dieser Selbstverwaltungskörper ist eine weit gerechtere Durchführung der nicht beliebigen Mietssteuer — Wohnungsabgabe genannt — zu erwarten. Die Verbände sind zu Boden- und Wohnungsvorratswirtschaft verpflichtet und haben Ankaufs- und Enteignungsrecht auch für unbebauten Boden. Neue von ihnen errichtete Wohnungen werden wieder zu Hauschaften zusammengefaßt, also ebenfalls gemeinwirtschaftlich verwaltet. Das Eigentum an Einfamilienhäusern, in denen der Eigentümer selbst wohnt, wird in dem Entwurf nicht angetastet, weil diese Häuser keine gemeinschaftliche Wirkung haben; jedoch müssen auch sie zu einer Hauschaft gehören, die das Vorkaufsrecht besitzt und die öffentlichen Lasten und Pflichten, wie das Gas, Wasser, die Elektrizität, Müllbeseitigung, Steuern usw. regelt.

Schon von bürgerlicher Seite, dem bekannten Leipziger Stadtrat Hofmann, sind ähnliche Zwangsgenossenschaften vorge schlagen worden, aber nur für die Verwaltung der Wohnungen, nicht für die Enteignung und die Neuordnung und auch nur fakultativ für solche Gemeinden, die einen derartigen Beschluß fassen. Der Entwurf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa macht aber ganze Arbeit und räumt mit der üblen Einrichtung des Privathausbesitzes für Mietswohnungen überhaupt auf. Was und wofür die Mieter künftig mehr zu leisten haben, soll von ihnen selbst bestimmt werden.

Die Gesamtheit der Mieter einer Stadt wird an den neuen Bauprojekten interessiert. Zugleich wird eine Verplemperung der Mittel für den Wohnungsbau — wie es jetzt gar nicht anders sein kann — verhindert, und nur dort gebaut, wo es richtig und am rationellsten ist. Dadurch ist die freie Initiative nicht etwa erstickt; im Gegenteil sollen die Wohnungsverbände auch sich frei bildende neue Hauschaften, z. B. Bauvereine für eine Garten vorstadt, anerkennen und finanzieren.

Auch die Erwerbstätigen ohne eigene Wohnung sollen im Wohnungsverband ein Vertretungsrecht haben, darunter besonders die jugendlichen und heiratslustigen. Diese, sowie die Genossen der Hauschaft, sind zur Zahlung eines Anteiles beim Wohnungsverband verpflichtet, dessen Höhe im Entwurf noch offen gelassen ist und der in Raten geleistet werden darf, unter Beteiligung in dringenden Fällen, jedoch ohne Verlust des Stimmrechtes. Damit wird aber zugleich ein Anspruch auf eine Wohnung verbunden, der vom Wohnungsverband spätestens innerhalb 3 Jahren befriedigt werden muß — eine allerwichtigste Forderung, deren Lösung gar nicht anders als auf dem vorgeschlagenen Wege der vollen Selbstverwaltung zu denken ist.

Mit Erschaffung dieser Mieterkörperschaften hätten wir also die Verwaltung der vorhandenen und den Träger für die neuen Wohnungen organisiert und beides aus den Händen des eigennütigen Kapitals und der amtlichen Bureaukratie genommen. Die von den Hausbesitzern behauptete Vertretung einer derartigen Verwaltung, die übrigens nicht einzutreten braucht, wenn sich die Mieterschaft nicht nur passiv, sondern auch beruht in die neue Aufgabe stellt, würde schon durch den Wegfall der heutigen enormen Kosten für die dann wegfällenden Mietseinzugs- und Wohnungsdämmerung ausgeglichen werden. Auch das Steuer-, Grundbuch- und Katasterwesen würde bei Wegfall des Einzelhausbesitzes eine enorme Erleichterung erfahren; sichtbare Ersparnisse würden auch die Kollektiv-Feuerversicherung, die Hypothekenregulierung für so große, zusammengefaßte Objekte bei gegenseitiger Haftung usw. ergeben.

Der Gesetzentwurf wird bei den Haus- und Grundbesitzern und den bürgerlichen Parteien auf allergrößten Widerstand stoßen; denn durch den Gesetzentwurf wird den Hausbesitzern jede Aussicht auf „Besserung“, jede Hoffnung auf eine in der bürgerlichen Wirtschaftsordnung sich ja doch durchsetzende Ausnutzung der Goldmarkwerte, die im Hausbesitz stecken, genommen. Alle Mieter jedoch, ganz gleich, welcher Partei sie angehören mögen, müssen eine gemeinschaftliche Regelung des Wohnungswezens verlangen und dieser Forderung zum Siege verhelfen. Der Mietertag in Dresden hat dies unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Die Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa, die mit einer Fülle von Schilderungen und Ziffern über die Verwaltung des alten Wohnungsbestandes und die Fragen der Neuordnung ausgestattet sind und jedem Politiker ein vorzügliches Material liefern, bieten dazu die beste Grundlage.

Reorganisation der städtischen Betriebsräte

Entsprechend der besonderen Größe und Gestaltung der Stadtgemeinde Berlin sollen die kommunalen Betriebsräte reorganisiert werden und zwar derart, daß sie den einzelnen städtischen Körperschaften, dem Magistrat, den zentralen Deputationen und den Bezirksämtern als geschlossene Betriebsvertretungen gegenübergestellt werden können. Der Magistrat hat dieser Reorganisation, die auf Antrag des Gesamtbetriebsrats der städtischen Betriebe den Stadtverordneten vorgelegt wurde, zugestimmt. Die städtischen Betriebsräte sollen sich in Einzelbetriebsräte und Gesamtbetriebsräte

oder Bezirksbetriebsräte gliedern. Den Kopf bildet der zentrale Betriebsrat. Für diesen Aufbau hat der Magistrat in Verhandlungen mit dem bisherigen Gesamtbetriebsrat besondere Grundzüge aufgestellt, denen noch die einseitige Stadtverordnetenversammlung zustimmen soll.

Schweigen im Walde

Der bürgerliche Blätterwald schweigt... „Deutsche Zeitung“ und „Kreuzzeitung“ erscheinen zwar, aber sonst herrscht eine geradezu idyllische Ruhe. Berlin atmet auf. Herrlich! Die aberhunderttausend Lügen, die unter normalen Umständen in den Redaktionen der „Ulstein“, „Scherl“, „Kosse“ und „Konforten“ destilliert zu werden pflegen, diese dreimal im Tag auf die schuldlose Menschheit losgelassene Pestilenz verweht nicht wie sonst die Atmosphäre. Es kommt nicht oft vor, daß in einer großen Stadt so wenig gelogen wird! Freilich — der Spießher ist es nicht zufrieden. Das gewohnte Leseheft geht ihm ab. Was aber tun? Die „Deutsche“ oder „Kreuzzeitung“ kaufen? Er tau's und beginnt zu lesen. Doch bald gibt er's auf. Das hält der stärkste Mann nicht aus, wenn er nicht mit unheilbarer Teutonitis behaftet und dadurch immunisiert, oder durch jahrelanges Training den gedruckten Bozertatzen dieser fern-, treu- und alldutschen Seelen gewachsen ist. Aber ist das Leben noch lebenswert, wenn es keine Zeitung gibt? Und sind da nicht noch andere, mit denen man es versuchen könnte? ... Und er versucht. Mit der „Roten Fahne“ geht es ihm ähnlich wie mit den Gazetten der Ultras von rechts, aber vom „Vorwärts“ fühlt er sich heimlich angezogen. „Das ist ja fast wie die „Morgenpost“, Mutter!“ ruft er beglückt. Die „Freiheit“ gefüllt ihm viel schlechter, obwohl er mitunter findet, daß gegen manches nichts zu sagen ist, obgleich es ihm nicht in den Kram paßt. Denn ein Krämer ist er unter allen Umständen. Ein kleiner, der selbst hinter dem Ladentisch steht, oder ein größerer, der in einem fashionablen Privatkontor sitzt, oder ein Arzt, der mit Gesundheit handelt, oder ein Rechtsanwalt, der die Dame Justiz auf den Strich führt... Liebe Krämer, wenn ihr noch nicht ganz für die Stimme der Wahrheit ertaubt seid, so hört ihr sie jetzt in der „Freiheit“. Sie klingt euch nicht angenehm in die Ohren, gewiß! Doch die Wahrheit schmeckt immer bitter, wenn man an Lügtenfest gewöhnt ist...

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung oder Unterbrechung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbesteller zu vermeiden, ist es unbedingt erforderlich, daß die Bestellung der „Freiheit“ für den Monat Oktober bzw. für das vierte Quartal bis spätestens zum 28. September beim zuständigen Postamt oder Briefträger erfolgt. Spätere Bestellung verursacht unbedingt Verzögerung in der Zustellung. — Der Bezugspreis der „Freiheit“ beträgt einschließlich Zustellungsgebühr 12 M. pro Monat oder 36 M. pro Quartal. „Freiheit“-Verlag.

Des Wahlrechts beraubt

Ein geradezu unglaublicher Fall, in dem an 150 Personen durch kleinliche Verwaltungsschikanen daran gehindert wurden, das Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl auszuüben, wird in einer an uns gerichteten Zuschrift aufgerollt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Etwa 150 Hospitaliten der Städtischen Anstalt Wühlgarten bei Biesdorf, die in der Zeit vom 4. Juni 1921 bis Mitte Juli 1921 von der Siechenanstalt Trödelstraße 17 nach der Hospitalabteilung Wühlgarten verlegt worden sind, erheben hiermit Beschwerde dagegen, daß ihnen am vergangenen Sonntag das Wahlrecht entzogen worden ist. Die Hospitaliten Rudolf Grunert und Max Gliese hatten es übernommen, Einsicht in die Wählerlisten für alle Hospitaliten zu nehmen und dies auch beim Amtsvorsteher in Biesdorf, Dorffstraße, ausgeführt. Sie machten die Feststellung, daß kein Hospitalit in die Wählerliste eingeschrieben war.“

Thomas Münzer, der Volksprophet

Von Julius Deutsch

„So wahr uns Gott helfe, wir wollen rechte Brüder sein“, schworen die Bauern. „Wir ziehen mit Lanz und Spieß zu Tale, eh' sich der Mannsfeldische Graf versehen mag.“ „Ist gilt es“, schrie ein strohblonder junger Bauer, „die Lösung ist: Gen Fürsten und Pfaffen!“ „Mit so gach!“ meinte ein Fürstlicher. „Dieser Tage war ich mit einer Fuhre in der Stadt, da ist mir ein Büchlein des Martinus Luther zugestekt worden, in dem die Fürsten gar scharf auf die Bauern geheht werden. Es steht da geschrieben: „Welcher Bauer erschlagen wird, der ist mit Leib und Seele verloren und ewig des Teufels...“ ... „Wer auf der Obrigkeit Seite erschlagen wird, der ist ein rechter Märtyrer vor Gott. Solche wunderliche Zeiten sind jetzt, daß ein Fürst den Himmel mit Blutvergießen verdienen kann, daß denn andere mit Beten. Darum, liebe Herren! Löset hier, rettet hier, helfet hier, erbarmet Euch der Armen Leut! Steche, schlage, würg' hier, wer da kann; bleibst Du darüber tot, wohl Dir! Seliglichen Tod kannst Du nimmermehr überkommen...“ Der Vorleser hielt an und sagte dann: „Lieben Brüder, bedenket den Jörn der Adelligen, wenn schon der Luther, der uns vormalen freundlich gesinnt war, so wird wider uns schreiben!“ „Wegen des Luthers haben wir jetzt nit mehr zu bedenken als früher“, schalt der Barthele. „Von dessen Feindseligkeit gegen alles Bäurische“, fuhr er fort, „insbesondere gegen unseren lieben Bruder Münzer, haben wir vordem schon gewußt. Auch seine neue Schrift ist uns bereits bekannt worden. Es sind aber selbst unter den Adelligen welche, die der lutherischen Grausamkeit abhold sind. Dieser Tage ist mir glaubwürdig berichtet worden, daß unser Mannsfeldischer Kanzler Müller gar ernste Vorstellungen wegen des Büchleins erhoben hat. Aber der Luther ist schier toll vor Grausamkeit und hat getobet: „Die soll man warnen, so mein Büchlein tadeln, daß sie das Maul zuhalten und sich versehen, denn gewißlich sind sie auch aufrührig im Herzen. Die aber megen sich unter die Aufrührerischen, die sich derselben annehmen, Hagen, rechtfertigen und erbarmen. Darum soll die Obrigkeit solchen auf die Hauben greifen, daß sie das Maul zuhalten und merken, daß Ernst sei...“ Der junge Bauer, der schon vorhin die Lösung zum Kampfe gerufen hatte, meinte: „Das ist nimmer christlich, wenn einer so blutrünstig daherwütet. Darum scheren wir uns nit mehr um den Wittenberger Papst und gehen den eigenen Weg! Brauchen dabei weder römische noch lutherische Pfaffen.“ Der greise Bauer Bischof erhob sich, nahm sein Messer aus dem Gürtel, ritzte damit einen scharfen Ring in die Tischplatte und sprach:

„Ein alter Mann, der vom Leben nimmer viel zu erwarten hat, spricht zu euch. So lange mich meine müden Knochen noch tragen, werde ich sie gegen die Feinde der Bauernsache brauchen. Zum Zeichen für dies Gelöbniß stoße ich mein Messer in diesen Ring. Wer mit mir ziehen will, der tue desgleichen.“

Da bligten die Messer aus den Scheiden und stießen kraftvoll in den Tisch. Der aufladernde Riesenpan beleuchtete entschlossene Gesichter, die eine trotzig Kampfesfreude widerspiegelten.

Noch in derselben Nacht flammten auf den Höhen der Berge die Feuer auf, die Bauern zum Kriegszuge rufend. Sie ließen Weib und Kind und kamen eilig gewaffnet alsbald herbei. Zwei Tage später zogen unter Glodengeläute die Scharen zu Tale, um sich mit den Bauernschaften der Mülhhauser Gegend zu vereinen.

Der Hauptmann der Mülhhauser Bauernschaften wurde Thomas Münzer. Er führte sie siegreich gegen Schlösser und Klöster, socht eine Zeitlang glücklich gegen die Landsknechte der Fürsten. Dann aber lähmten kleinlicher Eigennutz und Zwitteracht der Bauern Kraft, bis schließlich Unverstand und Verrat in der Schlacht zu Frankenhäusen den Bauernaufstand vollends zu Boden schlugen.

Das war eine jämmerliche Zeit, als im großen Bauernlager vor Frankenhäusen die Streitigkeiten unter den Bauern anhuben, ihre kriegerische Kraft zu zermürben. Wohlverschanzte war hinter der Wagenburg Kotte an Kotte gelegen, zu Tat und Sturm bereit.

Da begann am Lagerfeuer der eine oder der andere zu nörgeln. Dem Kaspar Fink aus Dietelingen war das viele Wachsen nicht recht, da murzte er über ungleiche Behandlung der Bauern, schimpfte über seinen Hauptmann, der gerade ihn zu härteren Diensten anhielt, während der andere, wie zum Beispiel den Jörg aus Vasing, viel zarter anpakte. Ob da nicht ein guter Schinken mitgewirkt habe, den der Hauptmann unlängst unter seinem Gepäck versteckt? Von wem besagter Schinken wohl geschenkt worden sei und zu welchem Zweck?

Der Weibsbauer aus Lärches wußte über eine ganz merkwürdig milde Handhabung des Kriegesrechtes zu räsonieren, so gegen das adelige Frauenstift in Dingda geübt wurde. Warum man den hellen, lichten Haufen nicht habe dort plündern lassen, wie es Brauch sei? Vielleicht sei ein großmächtiger Führer der Bauern durch zarte Freundschaftsbände gefesselt gewesen? Man höre da so allerlei...

Der Gerbergeselle Stoffelin aus dem Freiburgischen war überhaupt unzufrieden mit der schwächlichen Führung des Krieges. Die Führer verständen nichts. Sähen selbst im Lager herum und schickten den gemeinen Mann ins Treffen. Das müsse anders werden! Solche Führer brauchte man nicht!

„Recht so!“ ging es durch die Kunde. „Wir werden da aufräumen!“

Das richtige Gotteswort ermangele, erhob sich zeternd ein Prädicante. Der Thomas Münzer sei ein Antichrist, der, vom Teufel besessen, genau so schimpflich handle wie die Papisten.

„Halt' das Maul, schwarzer Bruder!“ hielten ihm Anhänger des Münzer dawider. „Wir kennen den Münzer besser!“

„Nichts wißt ihr, gar nicht kennt ihr ihn!“ ereiferte sich der Prediger. „Wer dem Münzer folgt, weicht ab von der evangelischen Heilslehre...“

Bald war's zum Prügeln gekommen. Mit Mühe gelang es Besonnenen, die Streitenden auseinanderzureißen. Aber ab und auf durch das Lager schlich das Mißtrauen, verdichtete sich dort zu Streit und da zu Hoffnungslosigkeit:

„Die Bauernsache ist verraten, wir vermögen nichts mehr.“

„Ergebt euch!“ raunten Späher der Fürstlichen, die sich ins Lager eingeschlichen hatten. „Was wollt ihr mit dem uneinigen Haufen, in dem Feiglinge und Verräter sitzen? Geht nach Hause! Bleibt, bevor es zu spät ist!“

„Bierzigttausend Reiter ziehen gegen euch!“ giftträufeltem sie weiter. „Ihr seid verloren! Rette sich, wer kann!“

Noch standen die Scharen in Wehr und Waffen, als die Trommeln zur Schlacht riefen, aber ihre Herzen waren bereits auf der Flucht. Bald folgten ihnen auch die Füße.

Als sich die Abendsonne über das Schlachtfeld zu Frankenhäusen neigte, da sah sie angstvoll rennende Bauernschaften und blindwütig dreinschießende Reiter. In Wägen floß das Blut der Gemordeten.

Der Hauptmann Thomas Münzer ward ergriffen und vor seine Richter gestellt. Er bewahrte seine Ruhe auch angesichts des Todes. Felsenfest war sein Glaube an den ewigen Sieg der Gerechtigkeit, wenn auch er selbst dem Henker verfallen mußte.

Nach schweren Martiern im tiefen Turm des Schlosses Heddrungen war er, auf einen Wagen geleitet, in das fürstliche Feldlager zur Hinrichtung gebracht worden. Dort sprach er zum letzten Male. Dem Tode ins Angesichts schauend, ermahnte er voll ruhiger Würde die Fürsten, daß sie nicht in ihrer Härterzigkeit und Grausamkeit wider den gemeinen Mann verharren mögen, sondern endlich in sich gehen und ein billig Einsehen haben sollten. Voll prophetischem Geiste rief er ihnen warnend zu, er sehe die Zeit kommen, in der alle Tyrannen sich an den Tyrannen selbst am schwersten rächen werde.

Mit diesen Worten beschloß er sein Leben. Das Schwert des Henkers schlug das Haupt zu Boden, dessen Träume und Gedanken noch lange im Volke fortlebten, als ein Ansporn zu guten, gerechten Taten.

Ein Antrag Dr. v. Krause (D. Vp.), Vorfrage zu treffen: 1. daß die Aufbringung der Reparationsleistungen in möglichst einfacher und jeden Zwang vermeidender Weise organisiert, insbesondere von der Schaffung eines aus den Ländern und den industriellen Leistungskörpern zu bildenden großen Lieferverbandes abgesehen wird; 2. daß insbesondere auch das Handwerk und die kleinere mittlere Industrie herangezogen wird, wird dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Es folgt der Antrag Richtarsky (Ztr.) über die Naturalleistungen und Erhöhung der Geldrente im Anteilsvertrag bei Uebergabe landwirtschaftlicher Grundstücke. Der Antrag verlangt, daß an Stelle der Geldrente nach Maßgabe des Geldwertes z. B. des Abchlusses des Vertrages die üblichen Naturalleistungen oder eine dem Sinken der Goldwährung entsprechende höhere Geldrente gesetzlich festgelegt wird.

Der Ausschussantrag wird angenommen, bei der Reichsregierung die Ermächtigung zum Erlaß von entsprechenden Bestimmungen nachzusuchen. — Hierauf wird die Aussprache zu den von den Sozialdemokraten eingebrachten großen Anfragen über die Personalpolitik des Innenministers fortgesetzt.

Fortsetzung der Debatte über die Innenpolitik

Abg. Eberlein (Komm.): Die Antwort, die Herr Dominicus auf die Anfragen erteilt hat, ist völlig unzureichend. Der Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Weismann hat im Untersuchungsausschuss gelagt, er brauche keine Spigel, sondern bekomme seine Nachrichten von sozialdemokratischen Abgeordneten. Das ist doch skandalös! Redner bringt eine Fülle erdrückender Materialien über die schlesische Drachse vor und wird wiederholt öfters von rechts unterbrochen, da über die oberflächliche Angelegenheit nicht gesprochen werden soll.

Abg. Dejer (Dem.): Man will hier offenbar beweisen, daß an der Spitze des Innenministeriums nur ein Sozialdemokrat, nicht aber ein Demokrat stehen darf. Seit der Ermordung Erzbergers muß jeder eingesehen haben, daß ein Wiederaufbau nur auf dem Boden der Republik möglich ist. Wir müssen von unseren Beamten bald ein aktives Eintreten für den Staat verlangen, dem sie dienen. Die vom Minister Dominicus vertretenen Grundzüge sind sachlich und dienen der Republik. Wir stellen uns geschlossen hinter ihn.

Abg. Severing (Soz.): Es handelt sich für uns nicht um eine Futtertruppenpolitik, wie uns von rechts und links unterstellt wird, sondern um Sicherung der republikanisch-demokratischen Staatseinrichtungen. Eine Klassenheerschaft lehnt meine Partei ab. (Lebhafte Zustimmung h. d. Soz. — Lautes Hört! Hört! der Komm. — Heiterkeit.) Sie (zu den Komm.) wollen ja nur die Diktatur des Proletariats, d. h. die Diktatur der Herren Krug und Eberlein. (Unruhe bei den Komm.) Bei dem Minister Dominicus ist Böswilligkeit von niemandem vorausgesetzt worden. Aber in der Politik kommt es nicht auf die Absicht an. Es wird keine Entlassungsdemokratisierung, sondern eine Entdemokratisierung der Verwaltung durchgeführt.

Die Monarchisten fühlen sich ermutigt.

die Republikaner werden mit Argusaugen überwacht und verlieren alle Freudigkeit. Dominicus hat bisher nicht einen einzigen Sozialdemokraten, Demokraten oder Zentrumsmann berufen. (Hört! Hört! links.) Die Schuna ist auf dem besten Wege, sich wieder zu militarisieren. Auch die Haltung des Ministers gegen den Selbstschutz können wir nicht billigen. Wir brauchen im Ministerium des Innern einen ehrlichen, energischen Republikaner und Demokraten und wollen endlich Taten sehen und nicht nur Versprechungen und Lippenbekennnisse hören. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern Dominicus: Wir sind bereit, gegen die Arbeitsgemeinschaften mit allen Mitteln vorzugehen. Aber im Abstimmungsgebiet hat die preussische Verwaltung nichts zu sagen. Es ist selbstverständlich unzulässig, wenn ein Staatsbeamter mit der Orgel in irgendeiner Verbindung steht. Mein Bestreben ist es, durch Unterdrückung aller Parteiauswüchse und Hervorhebung der richtigen Staatsdienergefinnung, den allgemeinen Parteidickel zu bekämpfen. (Beifall.)

Abg. Leid (USP):

Die Politik des Ministers Dominicus läuft auf eine Stärkung und Begünstigung der Orgel hinaus. Das bedeutet außenpolitisch die schwerste Schädigung der deutschen Interessen. (Sehr wahr! links.) Die Schutzpolizei ist längst militarisiert, sie manövriert herum wie in früheren Zeiten die Rekruten. Da ist es kein Wunder, wenn bei der Entente die Auffassung entsteht, daß es sich hier um eine verkappte militaristische Organisation handelt. Für uns ist nicht die Person des Ministers Dominicus maßgebend, sondern seine Taten. Seine Reden klingen ja leidlich, besetzen wir aber die Arbeiten seines Ressorts, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß nicht nur gegen das Ministerium Dominicus, sondern

gegen das gesamte Kabinett eine breite Kampffront

errichtet werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei der USP.) Die Entschuldigungen, die Herr Dominicus bezüglich der Arbeitsgemeinschaften, jene verkappten militarischen Verbände, vorgebracht hat, waren belanglos. Die Tatsachen sprechen gegen ihn. Was die Landratsfrage angeht, so ist auch Herr Severing nicht ganz von dem Vorwurf freizusprechen, daß er, als er noch preussischer Minister war, nicht schnell genug gearbeitet hat. Im Kreise Schewel ist jetzt der unabhängige Landrat Dr. Erdmann beteiligt worden, obwohl die Arbeiterschaft aller Richtungen Herrn Dr. Erdmann ihre Vertretung ausgedrückt hat. Mein Parteigenosse Hünke, Stadtrat in Berlin, wurde lechthin von der „Deutschen Tageszeitung“ verleumdet. Herr Dominicus hatte nichts Eiligeres zu tun, als diese Verleumdung zur Grundlage einer Unternehmung gegen den Kollegen Hünke zu machen. Das ist im Grunde genommen, ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Gegen die reaktionären Treibereien in der Verwaltung ist unbedingt notwendig, daß ein Gesetz zum Schutz der Republik geschaffen wird.

Für den reaktionären Kurs, den Herr Dominicus einschlägt, muß freilich das gesamte Kabinett verantwortlich gemacht werden. Wir sehen in dieser Politik eine große Gefahr, auch auf dem Gebiet der preussischen Justizverwaltung, die gewissermaßen den

Reform in der Klassenjustiz

schlägt und die zur Schande von ganz Preußen geworden ist. (Sehr richtig! bei der USP.) Wir sehen weiter, daß sich die reaktionären Bestrebungen auch immer mehr auf dem Gebiete der Kulturerwaltung breit machen. Der Kultusminister wird immer mehr zu einem Reaktionsär. Es ist schon so weit gekommen, daß es in Berlin kaum möglich ist, einen Lehrer zum Rektor zu machen, wenn er Sozialdemokrat ist. (Hört, hört! bei der USP.) Leute, die tüchtig sind und die jetzt zu Rektoren gewählt wurden, sind, als sie das Amt antraten wollten, auf eine Verfügung der Kreisräte hin, aus den Schulen verwiesen worden. (Hört, hört! h. d. USP.) Auch das Provinzialkollegium ist bedroht, den reaktionären Lehrern den Vortrang zu geben und Sozialdemokraten abzulehnen, und wenn sie noch so tüchtig sind. In dieser Hinsicht hat leider auch der frühere Kultusminister Hagenich große Unterlassungsünden begangen. Er hätte die alten verkannten Köpfe im Provinzialkollegium schon längst gehädigt austauschen müssen. Wir sehen immer wieder, wie alle diese preussischen Ministerien zusammenhalten und daß das ganze Kabinett Stegerwald ein durchaus reaktionäres Kabinett ist. (Sehr richtig! links.) Ich kann für meine Freunde erklären, daß wir die Politik des Herrn Dominicus wie überhaupt die Politik des gesamten Ministeriums nicht für geeignet halten, die Republik zu sichern. Sie begünstigt die monarchistischen Geheimverbände und alle anderen Feinde der Republik. Meine Freunde können deshalb weder zu dem Minister Dominicus, noch zu dem gesamten Ministerium Stegerwald irgendwelches Vertrauen

Was bedeutet dir deine Zeitung?

Neue Briefe an die „Freiheit“

Wir veröffentlichen kürzlich (vergl. Nr. 439 der „Freiheit“) eine Reihe von Zuschriften aus unserem Leserkreis als Ergebnis einer Rundfrage, die wir veranstaltet hatten, um den Grad der Beliebtheit festzustellen, deren sich die „Freiheit“ zu erfreuen hat.

Inzwischen sind uns weitere Zuschriften in Hülle und Fülle zugegangen. Leider sind wir nicht imstande, sie sämtlich zum Ausdruck zu bringen. Wir begnügen uns daher damit, die eine oder andere, die uns besonders charakteristisch erscheint, zu veröffentlichen. Gleichzeitig sagen wir allen ohne Ausnahme, die uns ihr Interesse, zum Teil mit außerordentlicher Wärme und in der schmeichelhaftesten Weise, bezeugt haben, unseren herzlichsten Dank. Ihre Anerkennung ist uns ein Ansporn, in unseren Bemühungen nicht nachzulassen, die darauf gerichtet sind, die „Freiheit“ sowohl technisch, als auch inhaltlich so vollkommen zu gestalten, wie dies nur irgend in unseren Kräften steht.

Nachstehend einige der an uns gelangten Zuschriften:

Zum Kapitel Schundliteratur.

(Aus der Zuschrift eines Arbeiters.)

Der Schund und Schmutz, der sich in diesen Erzeugnissen (der gelben Presse vom Schlage der „Morgenpost“ und ihresgleichen) breit macht, ist keine geringere Gefahr für den Arbeiter als die von solchen Zeitungen propagierte Politik. Man muß nur einen Blick auf die Anzeige werfen, mit der zum Beispiel die „Volkzeitung“ ihren neuen Roman ankündigt. Da heißt es:

„Kaschmen, Tanzdielen, Schieber-Cajés, Fabrikjale und Trainierböden für Ahtleiten wechseln in bunter Reihe vor unseren Augen ab... Die Raubtiere rasen und die Mörderaxt wütet.“

Schon diese Probe läßt ahnen, auf welcher geistigen Stufe sich dieser Roman bewegen wird. Arme Leser, die sich so etwas vorlesen lassen müssen! Was nützt aller Kampf gegen die Schundliteratur, wenn auf diese Weise der Schund in die Massen getragen wird?

Ich halte es für die Pflicht eines jeden Klassenbewußten Arbeiters dafür zu sorgen, daß wenigstens das Arbeiterhaus von diesen Giftblüthen der Literatur verschont bleibt. Wir haben in der „Freiheit“ ein Blatt, das nicht nur unsere wirtschaftlichen und politischen Interessen vertritt wie kein zweites, sondern uns darüber hinaus wirklich gute, geistige Kost bietet. Darum lese jeder zu, nach besten Kräften für die weitestgehende Verbreitung der „Freiheit“ zu agitieren, damit auch aus dem letzten Arbeiterhaus die Kukudseier derer von Ullstein, Rosse und Scherl verschwinden!

2. Apostel des Nordes.

(Von einem Mitglied der Volksbühne.)

Ein anderer Leser schreibt uns: Als ich gestern im Zigarrengeschäft von Kessel, Kaiser-Friedrich-Straße 171 in Neukölln, meine Marken für die Volksbühnenvorstellung holte, traf ich im Laden einen Kunden, der gerade den Lokal-Anzeiger las und dabei äußerte, daß die Verfolgung der Wörder des Abgeordneten Erzberger doch wohl reichlich übers Ziel schieße. Der Geschäftsinhaber erwiderte: Eigentlich mühte man es ja bedauern, daß Erzberger ermordet wurde, aber es sei doch sehr gut, daß ihn der Teufel geholt habe, er hätte diese Strafe voll auf verdient!... Wahrscheinlich bezieht der gute Mann seine geistige Nahrung aus den Blättern der Rechten, in denen, wie bekannt, die Apostel des Nordes den Ton angeben. Es muß noch viel geschehen, um dieser Pest zu steuern.

Der sozialistische Student.

(Was er der „Freiheit“ verdankt.)

Bin ich durch theoretisches Studium der Nationalökonomie zum Sozialismus gekommen. Dabei verfiel ich mich allerdings ein wenig in utopischen Regionen. Ich habe es in der Hauptsache der „Freiheit“ zu verdanken, wenn ich in den aktuellen politischen Fragen wieder Klarheit sehe. Dank der überaus gut orientierten und orientierenden Darstellungen der „Freiheit“ konnte ich so zu einem Bilde der Gegenwart gelangen, das sich in den Kreis meiner wissenschaftlichen Ueberzeugungen ohne weiteres einfügen läßt. Im übrigen habe ich nur den Wunsch, daß die „Freiheit“ fortfährt wie bisher. Mit je größerer Objektivität dies geschieht, desto besser! Gewiß, eine Zeitung kann oft beim besten Willen nicht das persönliche Moment ausschalten, das im politischen Leben eine so große Rolle spielt. Desto mehr muß sie aber darauf achten, jede überflüssige Gebühigkeit zu vermeiden, wie dies die „Freiheit“ ja auch meistens tut. (Wir gestatten uns hinzu zufügen, daß wir überflüssige Gebühigkeiten grundsätzlich immer vermeiden. Daß wir mitunter schärfere Töne anschlagen müssen, als sie in akademischen Erörterungen üblich sind, ist selbstverständlich. Wie man in den Wald ruft, so klingt es zurück, lautet ein altes Sprichwort. An dem gemessen, was uns von links und rechts entgegenkommt, ist die Schreibweise der „Freiheit“ laut und lieblich wie Schalmeyenton! D. Red.)

Der Nur-Gewerkschafter.

(Die beste Vertretung der Arbeiterinteressen.)

Zu der Rundfrage „Was bedeutet dir deine Zeitung?“ möchte ich bemerken, daß ich Arbeiter bin, gehöre aber keiner Partei an. Ich lese daher nicht nur die „Freiheit“, sondern auch andere Blätter, sowohl sozialistische wie auch bürgerliche. Aber mein inneres Gefühl sagt mir, keine andere Zeitung vertritt meine

haben. Wir werden es deshalb für unsere Aufgabe betrachten, dieses Kabinett und seine reaktionäre Politik mit aller Schärfe zu bekämpfen. (Bravo! bei den US.)

Damit schließt die Aussprache. Ein Verlesungsantrag der Rechten wird abgelehnt. Es folgt die Beratung einer Anzahl großer Anfragen und Anträge aller Parteien über die Kartoffelversorgung.

Abg. Dr. Krüger (Dr.) begründet die deutsch-nationale große Anfrage. Die Kartoffelwucherer darf man nicht der Landwirtschaft in die Schuhe schieben. Wir bedauern, daß Wucherergerichte Landwirtschaft ins Gefängnis geschickt haben, weil sie einen Zentnerpreis von 40 M. genommen haben. Unsere Regierung seit der Revolution ist schuld an unserem Elend. (Unruhe links.) Sehen Sie sich unsere traurige Baluta an! Die sozialistische Regierung ist schuld an allem Unglück. (Lobender Lärm links. — Zurufe: Wucherer! Verbrecher! Steuerhinterzieher! Ludendorff und Wilhelm haben das Land zugrunde gerichtet. Die Deutsch-nationalen plündern das Volk aus.)

Darauf wird die Aussprache abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 12 Uhr: Rest von heute, Fortsetzung der Besprechung der Anfragen über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule. Schluß 6 Uhr.

Der Kleinmünzenumlauf in Deutschland

In Beantwortung einer kleinen Anfrage macht der Reichsminister der Finanzen einige interessante Angaben über die seit Auftreten des Kleingeldmangels in Bewegung gelesenen Kräfte, diesem Mangel Einhalt zu gebieten. Wir erfahren daraus, daß schon seit langem das Prägeergebnis der sechs deutschen Münzstätten die statische Menge von 54 Millionen Stück in 50-, 10- und 5-Pfennigstücken pro Monat erreicht hat. Die Münzstätten seien

Sache als Arbeiter besser als die „Freiheit“. Sie ist die beste Vertretung der Arbeiterinteressen, die wir uns wünschen können.

In der Kleinstadt.

(Die Verbindung mit der übrigen Welt.)

Verschlagen in einem kleinen Industrieort der sächsischen Oberlausitz, bedeutet die „Freiheit“ für mich die Verbindung mit der übrigen Welt. Anfangend bei den schlagenden Zeitartikeln, eile ich schnell über die Auseinandersetzungen mit der „Roten Fahne“ hinweg, die leider notwendig sind. Desto mehr interessieren mich die zahlreichen Entfaltungen des schamlosen Treibens der Reaktion, ebenso das hochinteressante Material über Wilhelm den Letzten und seine Baladine, das die „Freiheit“ mit so viel Eifer und Geschick zusammenträgt. Hier finde ich die besten Beweise, um den Kollegen die Schattenzeiten der Monarchie darzutun. Auch der unpolitische Teil fördert mich sehr, doch würde es zu weit führen, dies im einzelnen auseinander zu legen. Jedenfalls muß jeder, der den Sozialismus will, zur „Freiheit“ halten, und wenn sie noch neuer werden sollte. Für das, was wir an ihr haben, sind 12 Mark im Monat wirklich kein Geld!

Auf dem flachen Lande.

(Hilfe für die Landarbeiter.)

Meine diesjährigen Ferien habe ich auf einem Dorfe in der Uckermark verbracht. Ich lieb mir die „Freiheit“ nachzulesen, da ich sie ungern entbehre. Nach erledigter Lesurze ließ ich sie unter den dortigen Landarbeitern zirkulieren, die mir sehr dankbar dafür waren. Die armen Leute beziehen ihre geistige Nahrung ausschließlich aus einer Zeitung, die der Gutsherr für sie hält. Was es mit ihr für Bewandnis hat, geht schon daraus hervor, daß sie in demselben Verlag erscheint wie die „Deutsche Tageszeitung“. Selbst abonniert sind die Landarbeiter auf das Kreisblatt, das sie wegen der darin enthaltenen Bekanntmachungen nicht entbehren können. Ich habe nun die Beobachtung gemacht, daß unter dem Einfluß der „Freiheit“ Lesurze den zum größten Teil arg rückständigen und scharfmacherisch eingeschüchterten Leuten sozusagen die Augen aufgingen. Zwei Zeitungen können sie nicht halten, da es sich für sie zu teuer stellt. Um so mehr mühte man auf Mittel und Wege, die „Freiheit“ in diesen Kreisen zu verbreiten, denn das wäre die weitaußere Propaganda für unsere Sache und zugleich die beste Hilfe für die künftlich in Unwissenheit und Stumpfheit gehaltenen Arbeitsbrüder auf dem flachen Lande.

Der Feind im eigenen Hause.

(Von einem Kassendeamten.)

Die Abwicklung der Geschäfte in den Bureaus der Krankenkassen ist oftmals ein heißes Thema. Die Unkenntnis gesetzlicher Bestimmungen seitens der Versicherten ist Hauptgrund der Beschwerden. Bei der Beseitigung unserer Gehele ist es natürlich, daß man sich rathend an Gesetzeskundige wendet. Diese glaubt man in den Redaktionen der Zeitungen zu finden. Doch was kümmert eine bürgerliche oder „parteilose“ Zeitung unsere soziale Gehele? Nur, wenn es sich darum handelt, steuerliche Belastungen des Besitzes abzuwälzen oder republikanische Einrichtungen herabzusetzen, stehen sie ihren Mann...

Seit Jahrzehnten im Abfertigungsdienst in Krankenkassen tätig, habe ich oft Gelegenheit, diese Dinge zu beobachten. Wie wenig Sachkenntnis manche Briefkasten-Auskünfte verraten, zeigt zum Beispiel die „Morgenpost“ vom 24. September. Dort „auskunft“ man unter B. B. in orakelhafter Weise über Wochen- und Schwangerenunterstützung so, daß nur Verwirrung gestiftet wird. Dann kommt es zu Differenzen im Kassensoll, und wehe dem Abfertiger, wenn er der vorgefassten Meinung des Versicherten, hervorgerufen durch betartige Auskünfte, entgegentritt.

Diese Auskünfte zu verhindern ist möglich, wenn man einen wandfreie Auskünfte einholt. Diese erhält man direkt in den Krankenkassen oder aber in unserer Parteipresse. Darum hinaus mit den bürgerlichen Zeitungen! Das arbeitende Volk liebt die „Freiheit“!

Dies mag genügen und muß es, denn unser Raum ist knapp. Der Vollständigkeit halber erwähnen wir nur noch, daß wir auch mit einer tadelnden Zuschrift auswarten können, allerdings nur mit einer einzigen. Sie kommt von einem Herrn, der ein Engrosgeschäft — ausgerechnet in Frauenhaar — betreibt. Um es kurz zu machen: unsere ganze Richtung paßt dem Guten nicht, denn er ist ein stammer Demokrat und schwärmt für die Harmonie der Klassen auf republikanischem Boden. Das ist immerhin schon etwas, wenn auch nicht alles — der republikanische Boden nämlich. — aber wir sind nun einmal schon so, daß wir von dieser Händlerharmonie nichts halten, solange sie ihre demokratischen Ideale im Bereich der Wirtschaft verleugnet. Wir wissen allerdings, daß sie nicht anders kann, ohne sich selbst zu negieren, und eben deshalb — halten zu Gnaden, Herr Frauenhaar Engros — sind wir weit entfernt davon, den Fortschritt, wie Sie uns raten, vom Zusammenwirken aller Klassen der Gesellschaft zu erwarten. Die Beseitigung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein! Ist dieses Werk einst vollbracht, dann, aber auch nur dann, wird die Demokratie mehr als bloße politische Form sein.

Die „Freiheit“ nimmt es eben ernst mit der Demokratie. Und eben deshalb ist sie kein demokratisches Organ, sondern ein sozialistisches, und gebietet, es zu bleiben!

weiter verbessert worden, so, daß im August d. J. nicht weniger als 91 Millionen Stück hergestellt wurden. An 50-Pfennigstücken aus Aluminium sind im Laufe eines einzigen Jahres für 220,5 Millionen Mark, an 10-Pfennigstücken aus Eisen für 106,2 Millionen Mark, an 5-Pfennigstücken für 61 Millionen Mark dem Verkehr übergeben. Vom Dezember 1920 bis einschließend September dieses Jahres wurden 1800 Millionen Stück der vor genannten drei Kleinmünzen in Umlauf gesetzt. Das macht auf den Kopf der Bevölkerung etwa 30 Stück. Es sollen aber für weitere 100 Millionen Mark in 50-Pfennigstücken, für 40 Millionen Mark in 10- und für 20 Millionen Mark in 5-Pfennigstücken in Verkehr gebracht werden. Bis spätestens Ende nächsten Jahres soll die Zahl der umlaufenden Kleinmünzen auf 3000 Millionen Stück gebracht sein, gleich 50 Stück auf den Kopf der Bevölkerung. Schon jetzt befinden sich reichlich 1000 Millionen Stück Kleinmünzen mehr im Umlauf als jemals seit Bestehen des Reiches.

Demgegenüber berührt es eigenfürlich, daß immer noch Kleingeldmangel sich bemerkbar macht. Noch jetzt muß man es fast täglich erleben, daß beim Einkauf statt Kleinmünzen Briefmarken herausgegeben werden. Das ist um so auffälliger, als zu dem großen Mehr an Kleinmünzen noch ungeheure Mengen von Notgeld kommen, das die Gemeinden in Umlauf gesetzt haben und noch fortgesetzt neu herausgeben.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß bereits vor bereitende Schritte zur Prägung von 1-Markstücken und größeren Münzen etan worden sind. Die Entwürfe sind in Arbeit. Ueber das zu wählende Metall sind die Untersuchungen und Verhandlungen dem Abschluß nahe. Mit der Prägung selbst wird jedoch erst begonnen werden, wenn die vorerwähnten Mengen an Kleinmünzen fertiggestellt sind, da ihre Herstellung die Leistungsfähigkeit der Münzstätten bis auf weiteres völlig in Anspruch nimmt, weil der Verkehr bis jetzt immer noch alle Neuprägungen gütig verjüngt hat.

Aus der Weltwirtschaft

Rückgang der amerikanischen Eisenausfuhr

(F. P. S.) Die Ausfuhr von amerikanischem Eisen und Stahl im August auf den seit 12 Jahren niedrigsten Stand zurück. Man führt diesen Rückgang auf den zunehmend schärferen Wettbewerb belgischer, deutscher und englischer Werke, auf die ungunstige Stellung der Vereinigten Staaten infolge der Überwertigkeit ihrer Währung und die Erschöpfung der dem Ausland gewährten Kredite zurück. Nach amtlichen Berichten sind im genannten Monat nur 70 681 Tons von Stahl- und Eisenartikeln im Werte von 11 822 908 Dollars ausgeführt worden.

Besonders deutlich zeigt sich der Rückgang in Artikeln, wie Rohisen, Stahlschienen, Baustahl und Stahlbarren, deren Ausfuhrmenge nur 10 505 Tons betrug. Der Zusammenbruch im japanischen Schiffbauprogramm hatte einen Rückgang der Ausfuhrmenge von Stahlplatten und anderem Schiffbaubedarf zur Folge; mit einer Nachfrage seitens Japans kann die amerikanische Eisenindustrie für dieses Jahr nicht mehr rechnen.

Mit ganz wenigen Ausnahmen wiesen die Eisen- und Stahlartikel im August im Vergleich zu der JuliAusfuhr starke Rückgänge auf; eine Steigerung erfuhr nur Stahlbarren, von 53 Tons im Juli auf 247 Tons im August. Gleichzeitig aber ging die Ausfuhr von Stahlschienen von 20 074 auf 4 782 Tons zurück, die von Baustahl von 11 320 auf 9852 Tons.

Eine der Hauptursachen für den Rückgang des Weltstahlhandels ist der darniederliegende Schiffbau; nach aus allen Ländern vorliegenden Berichten ist, mit Ausnahme von Deutschland, seit Januar so gut wie kein einziger neuer Bauauftrag erteilt worden.

Die Weltweizenernte 1921

(F. P. S.) Nach Informationen, die bis zum 18. September eingelaufen sind, schätzt das amerikanische Landwirtschaftsdepartement die Ernte von zwanzig der Hauptweizenbauländer, die etwas über drei Fünftel der Weltenernte hervorbringen, auf 2 490 609 000

Bushels, das heißt auf 106 466 000 mehr als im Vorjahr und auf 160 459 000 mehr als den Durchschnitt der Jahre 1909-13. Von den zwanzig Ländern haben dieses Jahr dreizehn mehr Weizen geerntet als 1920; das größte Mehr weisen Frankreich, Italien, Australien und Kanada auf; fünf Länder zeigen einen Rückgang, der am stärksten im Falle von Britisch-Indien, Argentinien und den Vereinigten Staaten ist. Zwei Länder haben rund die gleichen Mengen geerntet wie im Jahre 1920. Am auffälligsten ist vielleicht die Zunahme, die Frankreich zu verzeichnen hat, dessen Weizenernte auf 323 000 000 Bushels geschätzt wird, gegen einen Durchschnittsertrag der Vorkriegsjahre von 325 000 000 Bushels.

Arbeiterport

Arbeiter-Portalkarte 18. Bezirk. Die nächste Kartell-Delegiertenkonferenz findet am Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant „M a s c h e“, Berlin, alle 20. hnt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es unbedingt Pflicht eines jeden Delegierten pünktlich zu erscheinen.

Rund der Arbeiter-Massenerne. Pflanzgruppe. Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7 Uhr. Kassenversammlung im Rosenhofer Hof, Rosenhofer Str. 12. Arbeiter-Portalkarte 18. Bezirk. Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, bei Pafem, Moritzstraße, 44. Hauptversammlung wegen des Sozialparties. Erscheinen sämtlicher Verbände sowie Delegierten erwünscht.

Parteiveranstaltungen

Freiwilligen. Heute abend 7 Uhr äußerst wichtige Sitzung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Referentenentwurf der Genossin Segel beginnt am Dienstag, den 1. November, abends 7 Uhr, in der Arbeiterbildungsstätte, Breite Str. 5-9. Er wird in einer Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus bestehen, verbunden mit Vorträgen und Redungen in Referenzen über gesellschaftliche Themen. Genossen können nicht teilnehmen. Die Teilnehmerinnen werden gebeten, ihre Namen und Adressen schon vor dem 1. November im Frauenreferat, Breite Str. 5-9, anzugeben.

Mittwoch, 19. Oktober

11. Bezirk. Abends 8 Uhr Abrechnung der ausgegebenen Karten der Schul-entlastungsfeier bei Scheide. Reichsverband. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärversammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Wohlbestimmung. 2. Parteiorganisationsfragen. 3. Stellungnahme zur

Generaterversammlung 4. Bezirksbezirks. Die Haus- und Wählerlisten sind mitzubringen.

Donnerstag, 20. Oktober

20. Verwaltungsbüro (Reichsverband). Die für heute angefordigte Sitzung findet nicht statt.

Bereinskalender

Mittwoch, 19. Oktober

Zentralverband der Angestellten. Reichsbezirk. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Rosenhofer Hof, Rosenhofer Str. 11-12. Pflanzgruppe. Abends 7 1/2 Uhr Generalversammlung der Kino-Vorführer Groß-Berlin im Lokal Schim, Charlottenstr. 7. Internationaler Bund. Ortsgruppe Neukölln. Abends 7 Uhr Gesamt-Funktionärsitzung bei Kofitz, Köpenicker Str. 60. Reichsverband. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung Pappelerie Nr. 15. Die Mitgliederliste ist vorzubringen. Reichsverband. Der Wichtige Wähler-Verein soll heute abend um 7 1/2 Uhr im Konrad Reclamant, Hauptstraße, eine Wähler-Versammlung ab. Es ist Pflicht jedes arbeitsfähigen Wählers, diese Versammlung zu besuchen. Thema: „Wie stellen wir uns zu den Reichslisten der Sozialverwaltungsämter?“ Referent: Herr Conrad (Bund deutscher Wähler-Vereine, Groß-Berlin). Auf, Wähler, auf zur Tat!

Donnerstag, 20. Oktober

Zentralverband der Angestellten. Gewerbe-Verwaltungsbezirk. 6 1/2 Uhr Funktionärversammlung in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17-18. — Kunst, Gaunerie, Spielwaren. 5 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Heroldsberg, Berlin, Kreuzstr. 25. — Samstags- und Sonntagsarbeiten. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Wilhelmstraße, Adlonstr. Str. 96-97. — Rechtsanwaltsverein. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Englischen Hof, Alexander-Str. 27. Deutscher Gewerkschaftsverband. Abends 6 1/2 Uhr bei Voetter, Weberstr. 17. Versammlung aller im Liebesgewerbe Beschäftigten. Internationaler Bund. Ortsgruppe Neukölln (West). Bezirk 10-24. Abt. 4. Abends 7 Uhr Versammlung der Genl. Hermannstraße, Ecke Jägerstraße. Mitglieder-Versammlung Friedrichstraße E. H. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Lyceums, Oranienburger Str. 25. Vortrag unseres Syndikus Herrn Dr. Schulz: „Mietrechte gegenüber dem Hausbesitzer.“

Verantwortlich für Politik und Neulisten: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Soziales und Gewerkschaftliches: A. Kubacki, Berlin; für den Inzerenten- und geschäftlichen Anteilungen: Ludwig Komerinet, Charlottenburg. — Verlagsanwaltschaft „Freiheit“, a. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.



Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich **Urbin-Terpentinölware, die noch nie erreichte Qualität**

Anzüge, Schlüpfer
in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
Mk. 350.— bis 750.—
Große Auswahl in feinsten Maßstäben
Eigenes Atelier Solideste Preise
Imex G. m. b. H. Schloßplatz 1a II

Wohnungstausch Vermietungen
Vertretungen beim Mietvertrag und Wohnungsmiet-Verträgen, Mietzins, Besondere, Heizkostenberechnung
Verwaltungen
pers. Sprechst. 9-10 u. 4-6. Wohnungszentrale
Wegenerstraße 44. Fernr. 1. Königsplatz 1300

Botenfrauen sofort gesucht

- Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
- Expedition W. Senne
D. 17, Laskerstraße 2
- Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
Kour: Ullinger Straße, Rothenturmstraße, Langenbeckstraße
- Expedition Kolbe
NO. 18, Weberstraße 25
- Expedition Döring
Steinmeyerstraße 23
- Expedition Wengels
D., Cadiner Straße 11
Kour: Liebigstraße — Rigaer Straße
- „Freiheit“-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 4,
Wahlungen von 9-11 und 2-5

Achtung! Industrie-Versammlung
Am Mittwoch, den 19. Oktober 1921, abends 7 Uhr,
in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110

Große Industrieversammlung für alle in Arbeit stehenden und ausgesperrten Arbeitnehmer der Zigaretten-Industrie

- Tagesordnung:
1. Die Gewaltmaßnahmen der Arbeitgeber
 2. Das passive Verhalten der Aufsichtsbehörde und welche Maßnahmen ergreift die Arbeiterschaft u. ihre Vertretung zur Verringerung der Not
 3. Bericht der Betriebsobleute — 4. Diskussion

Der Industrierrat der kartellierten Verbände ruft alle zum wichtigen Protest auf!

Deutscher Labararbeiter-Verband / Deutscher Transportarbeiter-Verband / Deutscher Metallarbeiter-Verband / Deutscher Buchbinder-Verband

Fahrräder kauft Kraus, Dr. Frankfurterstraße 62.

Seitenhändler
decken ihren Bedarf zu konkurrenzlosen billigen Tagespreisen in allen Sorten Ia Kernseifen, Toilette-seifen, Badeseifen
Seifen-Lager
Emrich A. & Sigo
Lothringer Str. 38
am Casino-Theater

Wichtig für jeden Arbeitnehmer!
Reichs-Einkommensteuer Lohnsteuer Abzug vom Arbeitslohn
Von Eugen Prager mit Tabellen, Beispielen und Erläuterungen
Preis 4.— Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 • Breite Straße 8-9

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer
Donnerstag, den 20. Oktober, nachm. 5 1/2 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
im kleinen Saale der „Neuen Welt“, Hofenstraße 105.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
In dieser Versammlung sind außer den Delegierten auch die Vertrauensleute und Druckereiarbeiter eingeladen. — Ohne Legitimation kein Zutritt.
Der Gewerkschafts-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Donnerstag, den 20. Oktober 1921, nachmittags 5 Uhr

Vertrauensmännertreffen der chirurgischen Branche
bei Hummel, Sophienstraße 5
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Schlichtungsausschuss Groß-Berlin.
Die Wahl des Kuratoriums für den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin hat in der Zeit vom 6. bis 20. September 1921 stattgefunden.
Die Liste der Arbeitgebervertreter, angefangen mit dem Namen Geh. Reg.-Rat Schillingmann, und die der Arbeitnehmervertreter, angefangen mit dem Namen Otto Jiska, ist gemäßl.
Weitere Listen waren nicht eingereicht. Die konstituierende Sitzung findet am Dienstag, den 25. Oktober 1921, nachm. 3 Uhr, im großen Saale des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin N. 30, Rieler Straße 1-8 statt.
Der Wahlschuss
Rams des d. Apotheker Schreiber, Maler Straße.

Der Mieterschutz
Preis 4.00 Mark
Diese gemeinnützige Darstellung des Mieterschutzes u. der Höchstmietenerhöhung
Von Dr. Paul Herk und Rechtsanwalt Dr. Kurt Dornheim / 11. Bezirk
„Die Änderungen des Mieterschutzes“
Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeigen
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Dreher **Hermann Kaser**
am 18. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.
Der Kohler **Oskar Ladecke**
am 18. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.
Ehre ihrem Andenken!
Kege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. Filiale Berlin

5 Mitglieder-Versammlungen
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Reichstaxif

Am Donnerstag, 20. Oktober, abends 7 Uhr, für die Bezirke Nordost, Ost und Lichtenberg im Lokal von Heinrich, Große Frankfurter Straße 30; für die Bezirke Südost und Neukölln in den „Hohenstaufen-Sälen“, Kottbuser Damm 78; für den Bezirk Charlottenburg im Lokal von Eckmann, Scharrenstraße 34, Ecke Wilmersdorfer Straße

Am Freitag, 21. Oktober, abends 7 Uhr, für die Bezirke Norden, Moabit, Gesundbrunnen und Wedding in den „Germania-Sälen“, Chausseestraße 110; für die Bezirke Westen, Wilmersdorf, Schöneberg und Steglitz im „Nationalhof“, Dilowstraße 37
Mitgliedsbuch legitimiert
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen
Die Ortsverwaltung.



Gas pro Kubikmeter jetzt 1,75!!
Das ist ca. das 40fache d. Friedenspreises!
Karbid pro Stunde 8-10 Pfg.

Unsere Patentlampe „Feuerhand“ bietet jetzt eine so enorme Ersparnis gegenüber dem teuren unerschöpflichen Gas, daß Sie nun endlich sich diese moderne Lampe zulegen sollten. In den letzten Wochen haben wir Hunderte dieser Lampen verkauft, alle unsere Kunden sind sehr zufrieden! „Feuerhand“ ist nicht zu verwechseln mit den alten unsicheren Systemen. „Feuerhand“ brennt absolut ruhig und gleichmäßig, ist vollständig geruchlos im Brennen bei außerordentlich geringem Karbidverbrauch! „Feuerhand“ ist vom Deutschen Acetylen-Verein als wirklich brauchbare Lampe begutachtet, das Gutachten liegt in unserem Geschäftslokal zur Einsicht aus!
Besichtigung und Vorführung ohne jeden Kaufzwang!
Prima Karbid stets am Lager 5.00
letztl. p. Kilo Mk.
Franz Borowicz
Metallwaren-Industrie
Berlin SO 26, Waldemarstr. 27
vorn parterre Geschäftszeit von 9-7
1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz
2 Min. v. Grlitzer Bahnhof und Hermannplatz
Fernspr.: Amt Moritzplatz 4675, 4676.